

Kosovo '98 (II): Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschlies, W. (1998). *Kosovo '98 (II): Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts*. (Berichte / BIOst, 21-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43514>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Der Kosovo-Konflikt ist keine "innere Angelegenheit Serbiens"	7
2. Makedonen und Albaner in Makedonien	9
3. Gibt es Lösungen für den Konflikt?	14
4. Poker und Positionen	16
5. Lösungsmodelle	21
6. Zusammenfassung	27
Summary	31

15. April 1998

Wolf Oschlies

Kosovo '98 (II): Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts

Bericht des BIOst Nr. 21/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Größere albanische Volksgruppen sind in vier Nachbarstaaten Albanien anzutreffen – rund die Hälfte aller Albaner lebt außerhalb Albanien. Seit über hundert Jahren ist es der erklärte Wille der Albaner, in einem eigenen Staat zusammenzuleben. Unter diesen Prämissen gewinnen die jüngsten Unruhen im südserbischen Kosovo mit seiner überwiegend albanischen Bevölkerungsmehrheit eine mehrfache auswärtige Dimension: Zum ersten war nie und ist gegenwärtig schon gar nicht auszuschließen, daß der kosovo-albanische Wunsch nach Autonomie keine Endstufe eines politischen Programms darstellt, vielmehr als Vorstufe einer Vereinigung des Kosovo mit Albanien eingeplant ist. Zum zweiten hat der serbische Polizeiterror im Kosovo zu einer demonstrativen Solidarisierung der Albaner außerhalb des Kosovo mit den dortigen Albanern geführt. Und zum dritten ist zu befürchten, daß eskalierende Konfrontationen im Kosovo über dieses hinausgreifen und Nachbarregionen wie etwa die Republik Makedonien in Mitleidenschaft ziehen könnten.

Aus diesen drei Überlegungen folgt zwangsläufig, daß der Kosovo-Konflikt *nicht* – wie seit langen Jahren von Belgrad behauptet – eine *innere Angelegenheit Serbiens* ist: Durch die Menschenrechtsverletzungen, die im Kosovo im letzten Jahrzehnt laufend und in den letzten Monaten vermehrt geschehen sind, ist die internationale Gemeinschaft mittelbar in den Konflikt involviert – sollte die Konfrontation sich in der angedeuteten Weise ausweiten, wäre auch ein direktes Engagement nicht mehr auszuschließen. Hinzu kommt eine spezifische Problematik: Die internationale Gemeinschaft mag emotional eher den bedrückten Kosovo-Albanern zuneigen, aber sie hat und sieht keine Möglichkeit, deren Forderung nach irreversibler Sezession von Serbien nachzukommen. Weiterhin ist die internationale Gemeinschaft grundsätzlich gegen das diktatorische Regime Miloševićs eingestellt, bedrängt es auch mit Sanktionsdrohungen etc., muß diesem aber partiell zustimmen, daß einseitige Grenzveränderungen und unabgestimmte Loslösungen aus international anerkannten Staaten (bzw. Bundesstaaten wie der *Bundesrepublik Jugoslawien*) sich nicht mit den friedlichen Werteinteressen und demokratischen Prinzipien vereinen lassen, wie sich diese seit Helsinki 1975 herausgebildet und bewährt haben.

Ganz direkt auf den Kosovo-Konflikt bezogen, ergeben sich aus all dem einige Konsequenzen. Klar ist vor allem, daß der Status quo nicht aufrechtzuerhalten ist, denn dieser ist das diametrale Gegenteil von allem, was die internationale Gemeinschaft auf dem Balkan will:

befriedete Region, friedliche und demokratische Staaten in der Region, garantiertes Mindestmaß an Menschen- und Minderheitenrechten in den einzelnen Staaten. Unzweifelhaft ist weiterhin, daß die von den Kosovo-Albanern tausendfach als nicht mehr verhandelbar hingestellte Souveränität der "Republik Kosovo" keine internationale Unterstützung finden wird. Die erstrebte Lösung muß also nach dem Prinzip *Sezession nein – Autonomie ja* gefunden werden.

Mit den Details befaßt sich die nachfolgende Darstellung. Wie bereits ihr erster Teil (Bericht des BIOst Nr. 20/1998) fußt sie auf allgemein zugänglichen Quellen, vorwiegend jugoslawischer Provenienz.

Ergebnisse

1. Das langjährige Belgrader Axiom, *Kosovo ist eine ausschließlich innere Angelegenheit Serbiens*, war nie etwas anderes als eine infantile Trotzbehauptung: Allein die räumliche und ethnische Nähe des Kosovo und seiner albanischen Mehrheitsbevölkerung zu anderen von Albanern besiedelten Regionen hätte Belgrader Machthaber zu jeder Zeit zu maximaler Vorsicht, Umsicht und Rücksicht mahnen müssen. Das Gegenteil war der Fall: Lange versteckte, neuerlich offen begangene Menschenrechtsverletzungen haben den Kosovo-Konflikt endgültig zu einer Sache internationaler Aufmerksamkeit, die nun massive Rückwirkungen auf Belgrad hat, werden lassen. Und jede Lösung kann nicht anders als *internationalisiert* sein, da sie jugoslawisch angelegt sein muß, weil nur die BR Jugoslawien, nicht aber Serbien Subjekt des Völkerrechts ist.
2. Die Lage der Albaner im Kosovo, in Albanien und in Makedonien ist alles andere als einfach: Im Kosovo bemüht sich ein zunehmend unter Druck geratender "Präsident" Rugova, Unvereinbares zu vereinen: seine bisherige gewaltfreie "Ghandi-Strategie" fortzuführen, sie gegen die Frustration und Ungeduld junger Albaner wie auch gegen Vorwürfe der "Passivität" anderer kosovo-albanischer Politiker zu verteidigen und dabei noch mit klaren internationalen Absagen an seine Forderung nach Souveränität umzugehen. In Albanien selber sind seit Juni 1997 die Sozialisten an der Macht, die zu den Kosovo-Albanern eine weit größere Distanz pflegen, als es zuvor unter Berishas Demokraten die Norm war. Und in Makedonien versuchen albanische Extremisten, aufgrund unbewiesener, ja falscher Angaben zur numerischen Stärke der dortigen albanischen Volksgruppe Veränderungen in der Landesverfassung und -verwaltung zu erreichen.
3. Das unbestreitbar im Ausland vorhandene Mitgefühl für die Kosovo-Albaner hat dennoch die Zweifel an der Richtigkeit ihrer Ziele und Mittel nicht verdrängt. Ihr konzessionsloses Beharren auf der Souveränität ihrer einseitig proklamierten "Republik Kosovo" ist international inakzeptabel – ihr totaler Boykott serbischer Institutionen und deren Ersetzung durch albanische *Parallelstrukturen* wurde von albanischen Politikern aus Tirana als Beitrag zur Verschärfung des Konflikts kritisiert.
4. Bezeichnenderweise wurde diese Kritik anlässlich von Besuchen in der benachbarten Republik Makedonien geäußert, wo die dortigen Albaner – ein knappes Viertel der Gesamtbevölkerung – partielle Neigungen zeigen, ihrerseits *Parallelinstitutionen* zu schaffen. Das betrifft insbesondere die sog. Albanische Universität im westmakedonischen Tetovo,

Stadtteil Mala Rečica, die nach anfänglichen Spannungen von makedonischen Behörden und Politikern aus Albanien demonstrativ ignoriert wird.

5. Makedonien muß immer noch befürchten, bei einer etwaigen Ausweitung des Kosovo-Konflikts erster Betroffener zu sein. Für den Moment aber hat es vierfachen Vorteil aus der Situation erlangt: Vor aller Welt wurde demonstriert, daß die Lebensbedingungen der Albaner in Makedonien unvergleichlich besser als anderswo sind. Das Verhältnis zur Republik Albanien, das seit Jahren konfliktfrei und kooperativ ist, konnte nochmals nachhaltig verbessert werden. Durchsichtige griechische Versuche, die aktuellen Spannungen zu Pressionen gegen Makedonien zu nutzen, fielen auf die Urheber zurück. Und Makedonien wurde vielfach zugesagt, daß die internationale Schutztruppe UNPREDEP ihr im August 1998 auslaufendes Mandat verlängern werde.
6. Die Kosovo-Albaner wollen die Sezession von Serbien – und hören seit Wochen von allen mehr oder minder maßgebenden Seiten, daß sie diese Idee so rasch wie möglich aufgeben müssen. Das serbische Regime erstickt sezessionistische Aktionen der Kosovo-Albaner im Keim – und muß sich für die Art seines Vorgehens heftige internationale Kritik gefallen lassen. Die internationale Gemeinschaft fordert für das Kosovo "Autonomie" und/oder einen "besonderen Status in Serbien" (bzw. "in Jugoslawien") – ohne bislang gesagt zu haben, was man sich darunter konkret vorzustellen hat. Seit Mitte März 1998 gehen fast täglich zwischen Belgrad und Prishtina Angebote zu Gespräch und Dialog hin und her – die dann aber, zumeist von albanischer Seite, boykottiert werden, wenn der serbische Gesprächspartner bereits am Verhandlungstisch Platz genommen hat.
7. Das Kosovo wird gegenwärtig von allseitiger Angst unter den Menschen beherrscht, was die wechselseitige Distanz weiter verschärft und aggressiv auflädt. Serbische und kosovo-albanische Politiker haben sich dank jahrelanger Verfolgung von exklusiven Maximalpositionen im Grunde denkbarer Verhandlungsspielräume begeben. Nominell stimmen beide Seiten dem international geforderten *freien Dialog ohne Vorbedingungen* zu, aus der Konsequenz ihrer jeweiligen Konzeptionen können sie ihn aber eigentlich nicht führen, und in der Realität verhinderten sie ihn bislang auch durch allerlei "Draufsatteln" (K. Kinkel).
8. Diese Entwicklungen sowie neuere Ereignisse auf beiden Seiten – kosovo-albanische "Wahlen", kosovo-serbischer Widerstand gegen die Wiedereröffnung von Schulen für Albaner – nehmen sich wie eine Bestätigung des Verdikts aus, das der international bekannte albanische Schriftsteller Izmail Kadare äußerte: Der Balkan ist seit jeher unfähig, eigene Probleme zu lösen, und benötigt darum immer auswärtige Vermittlung. Auf dieser Vermittlung besteht mittlerweile auch die internationale Gemeinschaft, die die Lösung des Kosovo-Konflikts im Rahmen des Prinzips *Sezession nein – Autonomie ja* sucht. Es geht um Art und Ausmaß der Autonomie, wofür bislang elf Modelle gefunden und diskutiert wurden. Alle diese Modelle sind im Ausland bereits angewendet worden und haben sich bestätigt – von Quebec über Südtirol und Zypern bis nach Tatarstan.
9. Im Kosovo sind einstweilen bestenfalls erste Erkenntnisse zu registrieren, daß bisherige Positionen nicht mehr gehalten werden können, Maximalforderungen aufgegeben werden müssen und Lösungen im Einklang mit internationalen Erfahrungen und Prinzipien ge-

funden werden sollen. Noch ist keine Lösung in Sicht, aber viele Indizien deuten darauf hin, daß sie in einer Neugestaltung der jugoslawischen Föderation (Serbien + Montenegro + Kosovo) liegen wird. Diese Vorstellung erscheint gegenwärtig Serben wie Albanern noch schwer annehmbar, aber diese Aversion ist nach Meinung des serbischen Demokratenführers Z. Đinđić nur ein Nebeneffekt der grundsätzlichen demokratischen Defizite auf beiden Seiten: Würde Serbien erst einmal ein Land mit legitimen Regierungen, unabhängigen Richtern und garantierten Menschenrechten, und würden die Kosovo-Albaner mehr an die demokratische Umgestaltung ihrer Region als an deren Loslösung von Serbien denken, dann wäre jede denkbare Autonomielösung als praktizierte Demokratie ein weit-aus kleineres Problem.

1. Der Kosovo-Konflikt ist keine "innere Angelegenheit Serbiens"

Seinem Wesen und seiner regionalen Ausdehnung nach weist der Kosovo-Konflikt aus albanischer Sicht *drei* Seiten auf. Erstens ist er eine Auseinandersetzung zwischen einem diktatorischen Regime in Belgrad und diskriminierten und verfolgten Albanern im Kosovo. Zweitens kommt es im Kosovo zu Menschenrechtsverletzungen, und dieser Umstand läßt den Konflikt zu einem Gegenstand internationaler Sorge und diplomatischer Bemühungen werden – also eben die Entwicklung, die Belgrad jahrelang mit der Behauptung zu verhindern suchte, der Kosovo sei "ein unveräußerlicher Teil Serbiens und dessen internes Problem". Und drittens hat allein das Ausmaß des albanischen *Siedlungsgebiets* – 3,8 Mio. Albaner in Albanien, 1,8 Mio. in Serbien, 443.000 in Makedonien, 37.000 in Montenegro, 50.000 in Griechenland (plus 300.000 albanische Wanderarbeiter), 100.000 in Italien¹ – dazu geführt, daß der Konflikt in variierenden Formen über das eigentliche Kerngebiet hinausgreift.

Gäbe es den Konflikt nur im Kosovo, dann wäre es noch leichter, als es in Teilen der Weltpresse und Weltpolitik für einen Moment geschah, Schuld und Unschuld daran "gleichmäßig" zu verteilen: *Alle* Serben sind Unterdrücker, *alle* Albaner Opfer. Allerdings haben die Serben als erste gemerkt, daß diese Schwarz-Weiß-Scheidung nie sehr konsequent war, da die sog. *Befreiungsarmee des Kosovo* (UCK) in der Tat keine Sympathiewerbung für die kosovo-albanische Sache war.² Und die UCK beschränkt sich nicht nur auf das Kosovo, erklärte Anfang März 1998 ihr "inoffizieller Sprecher" Avdia Ramadan:

(...) es gibt nur noch zwei Faktoren, nicht unbedingt politische. Einer ist die Befreiungsarmee des Kosovo, der andere sind die serbischen Besatzungskräfte. Wenn der Krieg vorbei ist, wird es auch wieder politische Faktoren geben. Wir haben mit dem serbischen Volk nichts gemein, außer daß es schon ein Jahrhundert auf uns herumtrampelt. Serbien hat uns alle Auswege versperrt, uns ist nur noch der Krieg für die Befreiung der Kosovo-Territorien, die von Serben, Makedonen und Montenegrinern okkupiert sind, übriggeblieben.³

Äußerungen wie diese waren wohl schuld daran, daß in Makedonien Gerüchte besagten, es gäbe im Gebirge Šar-planina bereits 10.000 "Terroristen". Der makedonische Verteidigungsminister Lazar Kitanovski, darauf angesprochen, erklärte: "Vielleicht gibt es gegenwärtig im Šar rund 10.000 Skiläufer. Alles andere ist unmöglich".⁴ Es ist belanglos, ob eine Aussage wie die zitierte von Ramadan die Einzelstimme eines Extremisten oder die "Philosophie" ganzer albanischer Gruppen wiedergibt: Die UCK hat sich bereits im Januar 1998 zu Anschlügen im vorwiegend albanisch besiedelten West-Makedonien bekannt⁵, und ganz allgemein wird das Kosovo von den Nachbarländern als gefährliche Bedrohung angesehen, woran

¹ ICG, Kosovo Spring Report...a.a.O., Teil 1, S. 6.

² Lazar Džamić: Upotreba čOVK – PRwar na Kosovu (Wortspiel: Gebrauch der OVK [des Menschen] – PR-Krieg im Kosovo), in: Naša borba 7.-8.3.1998, Beilage, S. XIV.

³ Wortlaut in: Feral Tribune 9.3.1998, S. 25.

⁴ Meldung in: NIN 9.4.1998, S. 4.

⁵ Stephan Lipsius: Untergrundorganisationen im Kosovo – Ein Überblick, in: Südost-Europa Nr. 1-2/1998, S. 75-82, zit. S. 79.

alle Beteiligten Mitschuld tragen. Der albanische Journalist Veton Surroi, der in Prishtina zwei Blätter in Äquidistanz zur Politik von Milošević wie der von Rugova herausgibt, sah dahinter sogar ein taktisches Manöver gewisser Gruppen seiner Landsleute:

Sobald die Gewalt beginnt, kommen Flugzeuge voller Diplomaten an. Kleine gewalttätige Gruppen im Kosovo versuchen deshalb, die Situation zu dynamisieren und die internationale Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die weitere Entwicklung wird darum vielfach von einem konsequenteren Auftreten der internationalen Gemeinschaft abhängen.⁶

Bleibt dieses gewalttätige Erwecken internationaler Aufmerksamkeit auf das Kosovo begrenzt, oder versucht da jemand, diese Taktik auch auf Nachbarländer auszuweiten? Hierin sind sich nicht einmal Politiker aus Albanien, das am 6. März 1998 seine Truppen entlang der Nordgrenze in "erhöhte Kampfbereitschaft" versetzte,⁷ im klaren. Sali Berisha, Vorsitzender der *Demokratischen Partei Albaniens* (PDSH) und ehemaliger albanischer Staatspräsident, äußerte im März 1998 schwerste Befürchtungen:

Die internationale Gemeinschaft wird keiner gewaltsamen Änderung von Grenzen zustimmen. Die internationale Gemeinschaft wird nur friedlichen und demokratischen Veränderungen zustimmen. Ich weiß, daß dieser allmähliche Prozeß nicht kurz sein wird, aber nur er wird erfolgreich sein. Auf diese Weise müssen die Albaner einem Konflikt im Kosovo zuvorkommen, der sich in einen sehr gefährlichen südbalkanischen Konflikt auswüchse.⁸

Die Lage der Albaner im Kosovo, in Albanien und in Makedonien ist alles andere als einfach: Im Kosovo bemüht sich ein zunehmend unter Druck geratender "Präsident" Rugova, Unvereinbares zu vereinen: seine bisherige gewaltfreie "Ghandi-Strategie" fortzuführen, sie gegen die Frustration und Ungeduld junger Albaner wie auch gegen Vorwürfe der "Passivität" anderer kosovo-albanischer Politiker zu verteidigen und dabei noch mit klaren internationalen Absagen an seine Forderung nach Souveränität umzugehen. In Albanien selber sind seit Juni 1997 die Sozialisten an der Macht, die zu den Kosovo-Albanern eine weit größere Distanz pflegen, als sie zuvor unter Berisha die Norm war. Und in Makedonien versuchen albanische Extremisten, aufgrund unbewiesener, ja falscher Angaben zur numerischen Stärke der dortigen albanischen Volksgruppe Veränderungen in der Landesverfassung und -verwaltung zu erreichen.⁹ Ende Februar 1998 war der Ministerpräsident Albaniens, Fatos Nano, bereits zum *zweiten* Mal in diesem Jahr in der Republik Makedonien, um mit dem makedonischen Premier Branko Crvenskovski Absprachen "von strategischer Bedeutung", beispielsweise ein neues grenzübergreifendes Telefonsystem, zu treffen.¹⁰ Bei seinem zweiten Besuch in Makedonien gab Nano überdies eine Erklärung ab, die wie ein gezielter Affront gegen Rugova – der ihn dann auch der "Kollaboration mit Belgrad" beschuldigte – wirken mußte:

⁶ Interview in: Respekt (Prag) Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage.

⁷ Meldung in: Naša borba 7.-8.3.1998.

⁸ Interview in: Respekt (Prag) Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage.

⁹ Detailliert Michael Schmidt-Neke: Albanien zwischen zwei Machtwechseln – Staatsstreich oder demokratischer Neubeginn, in: Osteuropa Nr. 4/1998, S. 393-407.

¹⁰ Bericht in: Makedonija vo svetot Nr. 9-10, 27.2.-12.3.1998, S. 5.

Die Albaner innerhalb und außerhalb Albaniens müssen begreifen, daß parallele Institutionen keine Lösung bieten, sondern im Gegenteil die Gesellschaften radikalieren, die sie schaffen. Solche Tendenzen provozieren terroristische Aktionen, die die albanische Regierung niemals unterstützen wird, egal ob deren Urheber Albaner oder Serben sind.¹¹

Solche Äußerungen wurden insbesondere von Teilen der russischen Presse erfreut aufgenommen, denn das offizielle "Rußland solidarisiert sich vollauf mit Belgrad", weil es von Anfang an der Meinung war, daß albanische "Terroristen" drohen, "nicht nur die Lage in Serbien zu destabilisieren, sondern auch im benachbarten Makedonien".¹² Jetzt war sogar die Presse Albaniens derselben Meinung, als sie die Erklärung Nanos als "außerordentlich mutige Initiative" lobte, denn "bislang war noch niemand imstande, sich gegen parallele Institutionen zu erklären, die nur für andere nützlich waren, da sie die Albaner in den Ländern, in denen sie leben, aus dem Leben ausgliedern". Und wenn die Kosovo-Albaner schon den Fehler gemacht hätten, sich durch ihre parallelinstitutionen in Serbien zu isolieren, dann sollten sie jetzt "die Politik des Boykotts aufgeben, die keinerlei Resultate erbracht hat".¹³

2. Makedonen und Albaner in Makedonien

Mit hinreichender Wahrscheinlichkeit waren Nanos Äußerungen auch ein Akt albanischer Selbstverteidigung. In Interviews mit slowenischen und russischen Blättern hatte der makedonische Staatspräsident Kiro Gligorov Anfang Februar 1998 die Möglichkeit in Erwägung gezogen, im Kriegsfall ("falls es im Kosovo knallt") einen "Korridor" vom Kosovo über Makedonien nach Albanien zu öffnen, durch den 200.000-400.000 Kosovo-Albaner fliehen könnten. Dieser Vorschlag wurde vom albanischen Regierungssprecher Beno Blusij halb begrüßt, vom albanischen Außenminister Paskal Miljo aber vollständig zurückgewiesen. Als dann Nano nach Makedonien kam, hieß es, beide Seiten hätten einen "inoffiziellen Vertrag" über diesen Korridor geschlossen – worauf in Makedonien endgültig ein Sturm losbrach. Das Ergebnis war eindeutig: Niemand will einen solchen Korridor – Makedonien könnte ihn auch gar nicht einrichten, da es dafür gewissermaßen ein Stück Territorium auf Zeit aufgeben müßte.¹⁴ Hat der "star lisec" (alte Fuchs) Gligorov das übersehen? Oder hat er ganz bewußt so gehandelt, um der im eigenen Land wachsenden Angst vor den Vorgängen in der Nachbarregion dadurch die Spitze zu nehmen, daß er die Albaner in Albanien zur Klarstellung und die Kosovo-Albaner zu klärenden Erkenntnissen zwang? Vermutlich trifft letzteres zu, wie nationalistische Medien aus Serbien in unverhülltem Ärger konstatierten.¹⁵

Es war zudem sicher kein Zufall, daß Fatos Nano seine scharfe Abgrenzung von den Kosovo-Albanern gerade in Makedonien äußerte, denn die dortige albanische Minderheit zeigt seit

¹¹ Bericht in: Makedonija vo svetot Nr. 9-10, 27.2.-12.3.1998, S. 17.

¹² Bericht in: Izvestija (Moskau) 4.3.1998.

¹³ Nach dem zit. Bericht in Makedonija... a.a.O. (Anm. 33).

¹⁴ Iso Rusi: Makedonija – Strah od Kosovo (Makedonien – Furcht vor dem Kosovo), in: Tjednik (Zagreb) Nr. 51, 13.2.1998, S. 44-45.

¹⁵ Mile Radenković: Efekat bačenog bumeranga (Der Effekt des geworfenen Bumerangs), in: Nedeljni dnevnik (Novi Sad) Nr. 79, 27.3.1998, S. 12-13.

Jahren die Neigung, Konflikte mit der makedonischen Regierung zu *suchen*, obwohl die Albaner Makedoniens alle Menschen- und Minderheitsrechte genießen und ihre *Partei der demokratischen Prosperität* (PDP) sogar Mitglied der Regierungskoalition ist und fünf Ministerien hält.¹⁶ Wie die (international überwachte) makedonische Volkszählung vom 10. Juni 1994 ergab, weist die albanische Volksgruppe (442.914 Personen, 22,9%) eine deutlich höhere Natalität als die Makedonen auf und zeigt zudem eine Neigung zu kompakter Siedlungsweise in West-Makedonien. Dort hat sie in einzelnen Städten die überwiegende Bevölkerungsmehrheit inne – Tetovo 74,9%, Gostivar 64,3% –, und eine solche Dominanz "verführt" wohl dazu, Verhaltensmuster, Kommunikationsformen und regionale Machtstrukturen zu bilden, die von der Titularnation als *Parallelsystem* empfunden werden.¹⁷ Hört man indessen albanische Extremisten wie Arben Xhaferi, Führer der "*Demokratischen Partei der Albaner*" (PDSH) in Makedonien, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild von der Lage der Albaner in Makedonien:

(...) wir fordern einen funktionierenden Mechanismus, der unsere Marginalisierung innerhalb Makedoniens verhindert. (...) Die Albaner sind heute in Makedonien ghettoisiert, marginalisiert und atrophiert. (...) Albaner fühlen sich psychologisch immer malträtiert in den Ländern, in denen sie sich befinden, unter allen Regimen, unter denen sie schon seit Jahren leben.¹⁸

Wenn der letzte Satz Xhaferis eine albanische Verweigerung von Realitätsbezug und inter-ethnischer Kooperation bedeuten sollte, dann muten gewisse Ereignisse und albanische Unternehmungen in Makedonien wie eine Bestätigung dessen an. Eingangs der 90er Jahre organisierten die makedonischen Albaner ein eigenes Referendum und proklamierten eine "Republik Ilirida" innerhalb Makedoniens.¹⁹ Die Idee einer "Republik Ilirida" wurde inzwischen "eingefroren", zumal sie allem Anschein nach von Radikalen aus dem Kosovo "importiert" worden war,²⁰ und durch neue Forderungen, vor allem von Xhaferi mit wachsendem Nachdruck vorgebracht, ersetzt: Änderungen der Verfassung, "Dezentralisierung des Staates", Institutionalisierung eines (albanischen?) "Vizepräsidenten" und Legitimierung der albanischen "Universität Tetovo".²¹ Im Dezember 1994 startete der Versuch, im westmakedonischen Tetovo eine *parallele* "Albanische Universität" einzurichten²² – auf makedonische Kosten und ungeachtet der Tatsache, daß Albaner an allen Hochschulen des Landes eine zehnpromzentige *Quote* haben (die sie noch nie ausschöpften). Es handelte sich also offenkundig um ein durch-

¹⁶ Christine Spolar: Despite Kosovo's Turmoil, Macedonia Remains Calm, in: International Herald Tribune 17.3.1998.

¹⁷ Katica Cangova: Kolku sme, tolku sme, tokmu sme (Wie viele wir sind, so viele sind wir eben), in: Makedonsko vreme Nr. 4/1994, S. 20-22; Sveto Serafimov: Dva rekorda na Tetovo (Zwei Rekorde von T.), in: Makedonsko vreme Nr. 4/1994, S. 22-23; R.M.V. (?): Debar – albanska enklava vo Makedonija (Debar – albanische Enklave in M.), in: Makedonsko vreme Nr. 10/1995, S. 21-22.

¹⁸ Vgl. das Interview mit ihm in: Slobodna Dalmacija 21.3.1998, S. 8.

¹⁹ Glosse in: Respekt (Prag) Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage.

²⁰ Sead Husić: Kosovo heißt hier "Ilirida", in: Freitag Nr. 18, 24.4.1998, S. 10.

²¹ Mile Radenković: Makedonija – Kosovski sindrom (Makedonien – das Kosovo-Syndrom), in: NIN 9.4.1998, S. 48.

²² Matthias Rüb: Die Tetovo-Albaner und der mazedonische Staat, in: FAZ 14.3.1998.

sichtiges politisches Manöver, allein angelegt auf die absehbare Gegenwehr makedonischer Behörden, die sich dann propagandistisch als Beweis albanischer "Diskriminierung" in Makedonien nutzen ließ. Inzwischen haben sich die Verhältnisse etwas beruhigt.²³ Die makedonischen Behörden ignorieren diese "Universität", aus der 1998 die ersten Absolventen hervorgehen werden und die sich mittlerweile selber finanziert – "jeder Albaner aus Makedonien steuert monatlich eine D-Mark bei".²⁴

Das Niveau der "Albanischen Universität" von Tetovo gilt als niedrig, die ganze Institution scheint in erster Linie eine Art "Außenstelle" der Universität Prishtina zu sein, betrieben zur Arbeitsbeschaffung für arbeitslose albanische Hochschullehrer und zur Verbreitung der Politik der Kosovo-Albaner.²⁵ Fatos Nano hat bei seinem jüngsten Makedonien-Besuch, wie um seine laut geäußerte Ablehnung albanischer *Parallelinstitutionen* zu illustrieren, die "Albanische Universität" und deren "Rektor" Fadilj Sulejmani demonstrativ gemieden.²⁶ Und der OSZE-Repräsentant für nationale Minderheiten Max van der Stoel zog sich den geballten Zorn der albanischen Parteien in Makedonien zu, als er bei seinem 26. Besuch in Makedonien auf einer Pressekonferenz in Skopje mit schöner Selbstverständlichkeit erklärte, "daß die makedonische Regierung nicht verpflichtet ist, die Universität von Tetovo anzuerkennen".²⁷

Die Republik Makedonien sah sich in jüngster Zeit immer wieder albanischem Druck ausgesetzt: Nachdem der albanische Bürgermeister der westmakedonischen Stadt Gostivar, Rufi Osmani, wegen "Erregung von Rassen-, Volks- und Glaubenshaß" zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, drohten die albanischen Parteien mit einem Boykott des politischen Lebens und "zivilem Ungehorsam" der Albaner in Makedonien. Boykottdrohungen äußerten auch albanische Studenten der Pädagogischen Hochschule Skopje, sofern ihnen nicht "Garantien für einen Unterricht in der Muttersprache" gegeben würden – an dieser Hochschule werden auch *albanische* Lehrer ausgebildet, selbstverständlich in albanischer Sprache.²⁸ Auf der anderen Seite kamen in letzter Zeit von nicht-albanischen Muslimen in Makedonien – Roma, Türken, muslimische Makedonen – gehäuft Klagen über eine "Albanisierung" der "*Islamischen Glaubensgemeinschaft*" (Islamska zaednica, IZ) durch die Albaner: In der IZ-Leitung gibt es keine Nicht-Albaner mehr, in den *Medrese* (muslimische Gotteshäuser) sei Albanisch die "offizielle" Sprache, und wer sich als Mitarbeiter diesem Sprachendiktat nicht unterwerfe, werde entlassen oder beruflich zurückgestuft.²⁹ Dieser ganze Wirrwarr ist im Grunde nur ein Beleg für die nahezu tragikomische Lage albanischer Nationalisten wie

²³ Detailliert Matthias Rüb: Die Angst vor dem Pulverfaß – Mazedonien und seine albanische Bevölkerung, in: FAZ 28.3.1998.

²⁴ Glosse in: Vreme 28.3.1998, S. 24.

²⁵ Sinadin Velkovski-Torzo: Po zaobikolen pat (Auf einem Umweg), in: Makedonsko vreme Nr. 25/1996, S. 17-19.

²⁶ Nach dem zit. Bericht in Makedonija... a.a.O. (Anm. 33).

²⁷ Bericht in: Makedonija vo svetot Nr. 9-10, 27.2.-12.3.1998, S. 16; Mišel Pavlovski: Neopravdan za Maks van der Štul! (Ungerechtfertigt für M.v.d.S.), in: Makedonsko vreme Nr. 40/1998, S. 23.

²⁸ Berichte in: Makedonija vo svetot Nr. 9-10, 27.2.-12.3.1998, passim.

²⁹ Bericht in: Makedonsko vreme Nr. 40/1998, S. 16.

Arben Xhaferi in Makedonien: Sie *wissen*, daß ihre Lage in nichts mit der der Kosovo-Albaner zu vergleichen ist, aber aus Gründen all-albanischer "Solidarität" glauben sie, die politische Konfrontation suchen zu *müssen*, um ihre Einfügung in den eskalierenden Konflikt im Kosovo – propagandistische Unterstützung, ökonomisch-finanzielle Unterstützung, eventuelle militärische Unterstützung – legitimieren zu können.³⁰ In diesem Zusammenhang ist jedoch der Hinweis wichtig, den der makedonische Präsident Kiro Gligorov Ende April 1998 in einem Gespräch mit einer deutschen Wochenzeitung gab – daß die Albaner in Makedonien in ihrer überwiegenden Mehrheit *keine* militärischen Optionen (mehr) verfolgen:

Frage: Stimmt es, daß die albanische Partei der Demokratischen Prosperität (PDP) versucht hat, in Mazedonien eine paramilitärische Organisation aufzubauen, um mit Gewalt einen eigenen Staat zu errichten?

Gligorov: In der Tat gab es diesen Versuch vor vier Jahren. Die Verantwortlichen sind verhaftet und verurteilt worden. Nach einer Amnestie sind jedoch mittlerweile alle Betroffenen wieder auf freiem Fuß.³¹

Hinzu kamen die bereits bekannten Pressionen Griechenlands, daß Makedonien seinen Staatsnamen ändern soll. Was Athen noch vor wenigen Jahren in massiver Form, mit Grenzschließungen und einseitigen Embargos, durchzusetzen suchte, präsentierte es nun in freundlicher "Verpackung": Makedonien sei von einer albanischen "Flüchtlingswelle" bedroht, falls die Unruhen im Kosovo zunähmen; Griechenland wolle als Mitgliedsland von NATO und EU alles für die "Sicherheit" Makedoniens und die "Unverletzbarkeit seiner Grenzen" tun, aber *FYROM* (*Former Yugoslav Republic of Macedonia*, wie Athen seinen nördlichen Nachbarn nennt) könnte seinerseits etwas gegen die "Destabilisierung" der ganzen Region tun – durch "rasche Klärung der Namensfrage".³² Größere Bedeutung hat das alles nicht, da es sich hier um eine irrationale Regung Griechenlands handelt – etwa daran sichtbar, daß das griechische Parlament und griechische Medien höchst unzufrieden mit dem US-Botschafter N. Burns in Athen sind, weil dieser öfters die Makedonien-Politik des Landes kritisiert und es nicht unterläßt, Makedonen *Makedonen* zu nennen, wo doch Athener Sprachregelungen "Skopjaner" vorschreiben.³³

Falls Griechenland gehofft hatte, Makedonien durch die Kosovo-Unruhen so geschwächt zu sehen, daß es seine Absichten durchsetzen könnte, so trog diese Hoffnung. Denkbar wäre indessen auch, daß Griechenland die offenkundige Niederlage seines traditionellen Freundes Serbien in einen späten Sieg gegen Makedonien ummünzen wollte: Am 6. März 1998 war der griechische Außenminister Theodoros Pangalos zu Gesprächen mit Milošević in Belgrad, um diesem griechischen Beistand "gegen jeden Separatismus" zuzusichern, ihn aber auch zu drängen, Abmachungen mit den Kosovo-Albanern wie den Schulvertrag von 1996 endlich zu realisieren.³⁴ Die Republik Makedonien hat seit 1991 weit schwerere Zeiten überstanden und

³⁰ Nenad Lj. Stefanović: Kosovska senka (Im Schatten des Kosovo), in: *Vreme* 28.3.1998, S. 23-25.

³¹ Wortlaut in: *Freitag* Nr. 18, 24.4.1998, S. 10.

³² Bericht in: *Makedonija vo svetot* Nr. 9-10, 27.2.-12.3.1998, S. 14.

³³ Bericht in: *Makedonija vo svetot* Nr. 15-16, 10.-23.4.1998, S. 5.

³⁴ Bericht in: *Naša borba* 7.-8.3.1998.

inzwischen gelernt, sich als befriedeter und kooperationsbereiter Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens vorteilhaft zu präsentieren – nach makedonischer Meinung ganz entfernt mit der Position vergleichbar, die Israel im Nahen Osten innehat.³⁵ Große Verdienste kommen dabei dem makedonischen Präsidenten Kiro Gligorov zu, der Prinzipienfestigkeit mit Gelassenheit zu verbinden weiß: Vermutungen, ein Anwachsen der "albanisch-slavischen Spannung" werde Makedonien wieder an die Seite Serbiens bringen, wies er Ende März 1998 energisch zurück. Solidaritäts-"Meetings" makedonischer Albaner für die Landsleute im Kosovo fand er völlig legitim, desgleichen deren Wunsch nach "Souveränität oder Autonomie". Für Makedonien habe das alles keine Bedeutung, so Gligorov weiter, denn hier setze man darauf, "per Dialog und wechselseitigem Verständnis die Beziehungen in einem Staat, der den einen wie den anderen gehört, zu schaffen".³⁶

Ein Treffen der Parlamentsparteien bei Präsident Kiro Gligorov führte zu der einstimmigen Empfehlung, daß im Kosovo "die Probleme friedlich gelöst werden", und zu der einmütigen Entschließung, um eine Verlängerung des Mandats der internationalen Schutztruppe *United Nations Preventive Deployment* (UNPREDEP) in Makedonien zu ersuchen.³⁷ Diesem Wunsch war grundsätzlich schon entsprochen worden, als der UN-Sicherheitsrat eine "letztmalige" Mandatsverlängerung bis zum 31. August 1998, und die mit reduzierter Zahl der "Blauhelme", billigte.³⁸ Aber das war noch nicht das letzte Wort, wie US-Außenministerin Madeleine Albright und UN-Generalsekretär Kofi Annan inzwischen versicherten. Und gemeinsam mit der *Armee der Republik Makedonien* (ARM) hatte UNPREDEP – insgesamt 750 Soldaten, darunter 350 aus den USA und weitere aus vier skandinavischen Staaten³⁹ – seit Anfang März 1998 eine verstärkte Überwachung der makedonischen Grenzen zum Kosovo aufgenommen.⁴⁰ Das wird vorerst so bleiben, wie Bundesaußenminister Kinkel sagte: "(...) wir müssen in der Tat Grenzsicherung betreiben. So sollen die Uno-Truppen in Mazedonien bleiben".⁴¹ Und im April 1998 erklärte US-Verteidigungsminister W. Cohen, daß UNPREDEP über den August 1998 hinaus in Makedonien bleiben müßten, um die Stabilität des Landes zu sichern, die wegen des Kosovo-Konflikts gefährdet sei.⁴² Und ganz allgemein scheint der Kosovo-Konflikt den positiven Nebeneffekt gehabt zu haben, Makedonien im UN-Sicherheitsrat nachdrücklich aufzuwerten und es bei seinem eigenen Namen zu nennen – ohne alle "ehemaligen" Zusätze.⁴³

³⁵ Todor Atanasovski: Voenoto osamostojuvanje na Makedonija (Die militärische Verselbständigung Makedoniens), in: Makedonsko vreme Nr. 40/1998, S. 13-15.

³⁶ Bericht in: Naša borba 24.3.1998.

³⁷ Bericht in: Makedonija vo svetot Nr. 9-10, 27.2.-12.3.1998, S. 15.

³⁸ Bericht in: Makedonsko vreme Nr. 40/1998, S. 11-12.

³⁹ Kerin Hope: Violence fear keeps UN in Macedonia, in: Financial Times 10.3.1998.

⁴⁰ Berichte in: Makedonija vo svetot Nr. 11-12, 13.-26.3.1998, S. 7.

⁴¹ Interview in: Der Spiegel Nr. 12, 16.3.1998, S. 180.

⁴² Bericht in: Makedonija vo svetot Nr. 15-16, 10.-23.4.1998, S. 5.

⁴³ Jovan Pavlovski: Nabrgu – bez nesretnata referenca! (Bald ohne unglückliche Referenz), in: Makedonsko vreme März 1998, S. 11-13.

3. Gibt es Lösungen für den Konflikt?

Wie soll aus dem seit Jahrzehnten vorbereiteten, seit Jahren verschärften und seit Monaten gewalttätig zugespitzten Chaos namens *Kosovo* jemals ein Ausweg gefunden werden, der alle Beteiligten zufriedenstellt (und sei es zähneknirschend)? Auf diese Frage versuchte am 15. März 1998 eine ungemein interessante TV-Diskussion über *3Sat* so etwas wie eine Antwort. Mit von der Partie war Bujar Bukoshi, der für die irreversible Sezession des Kosovo von Serbien plädierte: Sie geschähe im Vollzug des Selbstbestimmungsrechts und solle natürlich friedlich vollzogen werden, aber man könne auch anders... Ihm antwortete Zoran Đinđić, Vorsitzender der serbischen *Demokratischen Partei* (DS), bis vor einem Jahr einer der Führer der Oppositionskoalition *Zajedno* (Gemeinsam) und bis September 1997 Bürgermeister von Belgrad: Das Kosovo-Problem könne nicht isoliert gelöst werden, es würde aber einer Lösung viel näherkommen, wenn ihm eine profunde Demokratisierung Serbiens voranginge. Für die OSZE sprach der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer, der darauf hinwies, daß die internationale Gemeinschaft seit Helsinki 1975 übereingekommen sei, keine gewaltsamen Grenzänderungen hinzunehmen. Von der Berliner *Tageszeitung* (TAZ) war deren Genfer Korrespondent Andreas Zumach gekommen, der rundheraus bezweifelte, daß die USA sich für die Kosovo-Albaner einsetzen würden – denkbar (aber unwahrscheinlich) sei für diese nur eine von der EU überwachte föderative Lösung. Dem widersprach Donika Gërvalla, Jurastudentin und LDK-Sprecherin für Deutschland:⁴⁴ Die Unabhängigkeit des Kosovo sei eine entschiedene Sache für die dortigen Albaner. Die internationale Gemeinschaft, sagte MdB Wimmer darauf, habe die Bundesrepublik Jugoslawien innerhalb ihrer Grenzen anerkannt, und Sezessionswünsche nationaler Minderheiten seien weder zu beachten noch längerfristig von Bestand – wie das Beispiel der kürzlichen Einigung zwischen Ungarn und Rumänien über die Stellung der Ungarn in Rumänien zeige. Was das Kosovo letztlich von der internationalen Gemeinschaft verlange, sei die Zustimmung zu *Gewalt*. Andreas Zumach und Zoran Đinđić gingen dann kurz auf nationale Minderheiten in Ex-Jugoslawien ein: Zwar habe die internationale Gemeinschaft versäumt (sagte Zumach), diese Minderheiten in den Nachfolgestaaten gehörig abzusichern, aber das Schicksal der bosnischen Serben habe doch gezeigt (so Đinđić), wo gewaltsame ethnische Sezessionen hinführten. An Bukoshi (und an alle Kosovo-Albaner) gewandt, mahnte MdB Wimmer: Wenn Sie auf die internationalen Spielregeln eingehen, sind Sie uns willkommen – aber Sie wollen mit dem Kopf durch die Wand. Bukoshi antwortete, daß Serbien bekanntlich ein "verbrecherisches" Regime habe, mit dem ein Umgang unmöglich sei. Worauf der Moderator Gerd Ruge einwarf, daß es bei jungen Kosovo-Albanern zwar eine hohe Arbeitslosigkeit, aber auch eine hohe Gewaltbereitschaft gäbe. Nach denkbaren Zukunftmodellen gefragt, sagte Bukoshi plötzlich, daß erst der serbische Staatsterror gestoppt werden müßte, bevor man sich nach diplomatischen Lösungen umschaue könne. Immerhin waren sich Ruge und Đinđić einig, daß Südtirol ein brauchbares Modell für den Kosovo abgäbe, und Wimmer fügte noch hinzu, daß die OSZE jedes Modell akzeptieren könnte, das

⁴⁴ Und Tochter von Jusuf Gërvalla, dem 1982 in Stuttgart bei einem Attentat umgekommenen Führer der *Nationalen Befreiungsbewegung Kosovos und der anderen albanischen Gebiete Jugoslawiens* (LNÇKVVSHJ), vgl. Lipsius, *Untergrundorganisationen...* a.a.O., S. 76.

sich an den Grundsatz hielte: Höchstmaß an Autonomie – kein Recht auf Sezession! Zumach regte in diesem Zusammenhang ein "Protektorat" der EU über das Kosovo an, was Bukoshi zwecks "Kriegsverhinderung" akzeptierte – grundsätzlich bliebe es für die Kosovo-Albaner bei der Selbstbestimmung. Abschließend bemerkte der Abgeordnete Wimmer noch, daß im Kosovo zwei Züge aufeinanderprallen könnten, "wenn wir sie denn aufprallen ließen", aber eine Demokratisierung Serbiens und ein Sezessionsverzicht des Kosovo könnten den Zusammenprall verhindern.

Zumindest die albanischen Diskussionsteilnehmer muteten so an, als wollten sie den witzigen Buchtitel des serbischen Journalisten Momčilo Petrović von 1996 bestätigen: *Ich habe die Albaner gefragt, was sie wollen, und sie sagten mir: Die Republik – wenn's geht.*⁴⁵ So ironisch konnte man die kosovo-albanische Strategie beschreiben, daß die Welt irgendwann schon den albanischen Forderungen zustimmen und dafür eigene Grundpositionen aufgeben werde. Oder wie es Baton Haxhiu, Chefredakteur eines Nachrichtenmagazins in Prishtina, vor anderthalb Jahren formulierte:

It is necessary to respect the international principle of inviolability of existing borders by force or unilaterally. But, new relations and trends in the world call for new ideas and new procedures, free from taboos and stereotypes, with the aim of building the world of free peoples and nations, the world of democracy, including new integration of free nations and states. Many international agreements made in the past which left Kosovo under the governance of Serbia, are practically overcome and lost their value today. Therefore, Kosovo's remaining under the jurisdiction of Serbia makes no sense any more and any kind of autonomy is also meaningless (...).⁴⁶

Der Grundsatz, Grenzänderungen nur in friedlicher und multilateral abgestimmter Weise zu akzeptieren – ein überholtes *Tabu* und *Stereotyp*, mit Blick auf das Kosovo geradezu ein Hindernis für weltweite Demokratie und Friedfertigkeit? Falls "Republik Kosovo" ein anderes Wort für "Sezession" ist, dann ist jetzt schon klar, daß sich die internationale Gemeinschaft von derart forscher Verurteilung ihrer Prinzipien nicht beeindruckt lassen wird, denn "die Grundforderung der Kosovo-Albaner, die Trennung von Serbien, wird kaum Billigung finden", am allerwenigsten in Rußland, das sich beim Blick aufs Kosovo höchst unangenehm an Tschetschenien erinnert fühlt.⁴⁷ Auch nicht in Deutschland, sagte Klaus Kinkel: "Das Kosovo gehört zu Belgrad. Niemand will dort irgendwelche Grenzveränderungen oder Separationen".⁴⁸ Und das könnte der deutsche Außenminister nicht so rigoros behaupten, wenn er in dieser Frage nicht den ganzen Westen auf seiner Seite wüßte – der seinerseits weiß, daß Deutschland als Zufluchtsland von insgesamt 230.000 Kosovo-Albanern, von denen laut Vertrag vom Oktober 1996 130.000 bereits repatriiert sein sollten,⁴⁹ ohnehin die Hauptlast des ganzen Konflikts zu tragen hat: Anstatt Kosovo-Albaner zu repatriieren, wie mit Belgrad ver-

⁴⁵ Momčilo Petrović: *Pitao sam Albance šta žele, an oni su rekli: Republiku – ako može*, Belgrad 1996.

⁴⁶ Baton Haxhiu: *The Kosovo Problem*, in: *Eurobalkans* Nr. 25, Winter '96/'97, S. 43-45.

⁴⁷ Bericht in: *Izvestija* (Moskau) 5.3.1998.

⁴⁸ Spiegel-Interview a.a.O.

⁴⁹ ICG, *Kosovo Spring Report...* a.a.O., Teil 1, S. 8.

einbart, muß es bereits jetzt jeden Monat neue Flüchtlinge aufnehmen.⁵⁰ Auf einer Pressekonferenz, die Kinkel und sein makedonischer Amtskollege Hadžiski am 24. April 1998 in Bonn abhielten, nannte der deutsche Außenminister neueste Zahlen: "Wir haben in der Zwischenzeit 400.000 Albaner hier in der Bundesrepublik, über 140.000 aus dem Kosovo mit einer Zuwachsrate von praktisch bis zu 2.000 jeden Monat."⁵¹ Nicht einmal Kroatien, das 1993 so inständig auf eine "zweite Front" im Kosovo hoffte – Aufstände der Albaner gegen die Serben –, würde heute noch die albanischen Forderungen mittragen: "Kroatien unterstützt die internationale Integrität jedes Staates in Europa", hieß es (wörtlich) in einer Erklärung des Zagreber Außenministeriums.⁵²

Die Kosovo-Albaner wollen die Sezession von Serbien – und hören seit Wochen von allen mehr oder minder maßgebenden Seiten, daß sie diese Idee so rasch wie möglich aufgeben müssen. Das serbische Regime erstickt sezessionistische Aktionen der Kosovo-Albaner im Keim – und muß sich für die Art seines Vorgehens heftige internationale Kritik gefallen lassen. Die internationale Gemeinschaft fordert für das Kosovo "Autonomie" und/oder einen "besonderen Status in Serbien" (bzw. "in Jugoslawien") – ohne bislang gesagt zu haben, was man sich darunter konkret vorzustellen hat. Seit Mitte März 1998 gehen fast täglich zwischen Belgrad und Prishtina Angebote zu Gespräch und Dialog hin und her – die dann aber, zumeist von albanischer Seite, boykottiert werden, wenn der serbische Gesprächspartner bereits am Verhandlungstisch Platz genommen hat. Das alles ist das aktuelle Resultat einer langfristigen Entwicklung:

Das verdeutlicht einerseits das niedrige Niveau der politischen Kultur der intellektuellen und politischen Elite in diesem Raum, und es illustriert hinreichend den Grad der Vereisung des Kosovo-Problems. (...) Die Führer der Kosovo-Albaner und die Machthaber in Serbien und in Jugoslawien haben sich bislang sehr oft auf "internationale Normen" und "Helsinki-Prinzipien" berufen. Allerdings haben sie diese Normen und Prinzipien oft genug selektiv und restriktiv ausgelegt. Man betonte das, was einem ins Konzept paßte, und ignorierte anderes, was den politischen Zielen oder der (politischen) Praxis widersprach. So bedeutet beispielsweise das Recht auf Selbstbestimmung, auf das sich die Führer der Kosovo-Albaner berufen, nicht notwendigerweise das Recht auf einen souveränen Staat. Gleichfalls müßte die B(undes-) R(epublik) J(ugoslawien), um sich auf Helsinki-Prinzipien und vor allem auf das Prinzip der territorialen Integrität des Staates berufen zu können, sich zunächst einmal völlig den Helsinki-Normen anpassen und sich an die OSZE-Standards halten. Es kommt nämlich darauf an, daß man Helsinki-Prinzipien integral achten muß, nicht aber selektiv.⁵³

4. Poker und Positionen

Das bilaterale Problem ist mit Blick auf seine Ursachen, wechselseitigen Reaktionen, psychosozialen Folgen und jeweils verbliebenen Handlungsspielräume höchst verfahren:

⁵⁰ Dušan Reljić: Cena po meri (Angemessener Preis), in: Vreme 14.3.1998, S. 13.

⁵¹ Tonmitschnitt der PK vom Verfasser, W.O.

⁵² Meldung in: Naša borba 7.-8.3.1998.

⁵³ Zoran Lutovac: Razgovor gluvih (Gespräch von Tauben), in: Vreme 28.2.1998, S. 19-20.

Ursachen: Serbien hat vor zehn Jahren die Autonomie des Kosovo faktisch aufgehoben und dafür eine Art Besatzungsregime installiert, das die im Kosovo bislang latenten sozialen Probleme (mit 23,1% die höchste Geburtenrate in Europa, mit 27,8 Todesfällen pro 1.000 Geburten auch die höchste Säuglingssterblichkeit⁵⁴) und wirtschaftlichen Nöte (Arbeitslosigkeit bei 70% mit steigender Tendenz, Durchschnittseinkommen bei 49% des Niveaus von 1988, starker Emigrationsdruck, Indizien dafür, daß "Kosovo serves as a transit point for drug and weapons trafficking and even for money laundering"⁵⁵) auf ein Höchstmaß trieb. Hinzu kamen generelle Behinderungen (z.B. im Schulwesen) und fallweise Restriktionen (Polizeistunde 17 Uhr). Dabei folgte Belgrad eigenen nationalistischen (und antidemokratisch-reformfeindlichen) Motiven, die im Wechselspiel mit serbischen Nationalisten im Kosovo eine scheinbar "patriotische" Legitimation erfuhren. Damit konnte zu jeder Zeit heimische Kritik unterdrückt werden, während man auswärtige Kritik mit dem Hinweis abwehrte, das ganze Problem sei "eine innere Angelegenheit Serbiens".

Reaktionen: Gegen dieses harte Regime wehrten sich die Kosovo-Albaner mit Anstrengungen zur völligen und irreversiblen Sezession von Serbien, die sie mit einseitigen Akten – Proklamierung einer "Republik Kosovo", eigene Verfassung, Bildung eines Parlaments und einer Regierung, Wahlen etc. – auch vollzogen. Zur Veranschaulichung ihrer Entschlossenheit begannen sie einen Boykott des gesamten öffentlichen Lebens Serbiens und den Aufbau eines "Parallelsystems" eigener Institutionen.

Diese Taktik wurde von den Albanern mit selbstschädigender Konsequenz durchgehalten, z.B. mit einem Boykott von serbischen Ärzten und Krankenhäusern (der letztthin aber gelockert wurde); sie hat sie von potentiellen Partnern in Serbien isoliert und sich damit partiell zum Nutzen ihres Hauptgegners, des ehemals serbischen, jetzt jugoslawischen Präsidenten Milošević, ausgewirkt. Zudem hat diese Taktik zu (milde gesagt) Irritationen in der internationalen Gemeinschaft geführt. Ende Februar 1998 lehnte es beispielsweise Adem Demađi, seit Januar 1997 Führer der *Parlamentspartei des Kosovo* (PPK) ab, den OSZE-Repräsentanten für Minderheiten, Max van der Stoel, zu treffen – mit der Begründung, "that van der Stoel is in charge of minorities and that Albanians are a nation and not a minority in Kosovo".⁵⁶

Die albanische Taktik, Maximalziele mit friedlichen Mitteln anzusteuern, ist 1996/97 durch Aktionen der UCK brüchig geworden. Deren terroristische Überfälle provozierten im Februar/ März 1998 serbische Gegenaktionen, deren Übermaß und unangemessene Härte die internationale Gemeinschaft auf den Plan brachten und im südlichen Balkan die Angst vor dem Entstehen eines blutigen, auf die ganze Region übergreifenden Konflikts nährten.

Psychosoziale Folgen: Im Kosovo herrscht allgemeine Angst. Die Albaner haben Angst vor Serbien und scharen sich darum um so enger um ihre "Republik" und die UCK. Nach Untersuchungen der *US Information Agency* (USIA) sollen "sogar 94 Prozent der Albaner bereit

⁵⁴ ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 7.

⁵⁵ ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 36.

⁵⁶ ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 25.

sein, für die Erreichung ihrer Ziele auch zu sterben".⁵⁷ Die Serben wiederum haben Angst vor den Albanern: Umfragen auf serbischer Seite verdeutlichen die kollektive und feindliche Entfremdung der Serben von den Albanern und die Dominanz rassistischer Stereotype bei deren Einschätzung.⁵⁸ Aus denselben Umfragen geht auch hervor, daß 98 Prozent der Albaner keine andere Lösung als die "Souveränität" akzeptieren, während die Kosovo-Serben sich in überwiegender Mehrheit für die Beseitigung jeglicher albanischer Autonomie aussprechen.⁵⁹ In solchen Verhärtungen spiegeln sich die Folgen von zehn Jahren "parallelen" Lebens im Kosovo wider, während derer sich die Albaner an den Gedanken gewöhnt haben, in einem eigenen "Staat" zu leben, und die Serben ihren früheren Verdacht von der permanenten Gewaltbereitschaft der Albaner zur Gewißheit werden glaubten. Hinzu kam auf albanischer Seite die Ungeduld der Jüngeren, die nicht mehr an einen friedlichen Weg zur Souveränität glauben und diesen mit Gewalt freimachen wollen.⁶⁰

Verhandlungsspielräume: Der Status quo ist im Kosovo nicht mehr aufrechtzuerhalten – eine beiderseits auch nur annähernd akzeptable Lösung ist nicht in Sicht. Der Serbe Milošević hat zehn Jahre das Kosovo-Problem als "innere Angelegenheit Serbiens" ausgegeben und behandelt – er kann jetzt kaum bereit sein, internationale Beteiligung, Vermittlung oder gar Pressuren zu dessen Lösung zu akzeptieren. Sein albanischer Gegenspieler Rugova hat jahrelang die "Souveränität" des Kosovo als einzige Lösung ausgegeben – nicht mehr verhandelbar, faktisch vollzogen, von Serbien nicht mehr lange zu verhindern, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker konform, von der internationalen Gemeinschaft über kurz oder lang anzunehmen etc. –, so daß er momentan ohne "Gesichtsverlust" auf keine andere Lösung eingehen kann. Oder wie es Belul Beqaj, unvoreingenommener Analytiker der politischen Entwicklungen im Kosovo, formulierte: "An dem Tag, an welchem Rugova die Autonomie erwähnt, wird er politisch tot sein."⁶¹ Dennoch werden beide von ihren festgefahrenen Standpunkten abweichen müssen, wobei der Serbe in einer relativ besseren Position ist: Die EU hat bereits 1991 beschlossen, die *Autonomen Provinzen* Serbiens (Kosovo und Vojvodina) *nicht* als Völkerrechtssubjekte mit dem Recht auf Unabhängigkeit anzusehen, und die Anerkennung der BR Jugoslawien durch die EU 1996 hat diese Position festgeschrieben. Hinzu kommt die Unterstützung durch Rußland, das vor allem "albanische Extremisten" hinter dem Kosovo-Problem sieht und fürchtet, daß eine etwaige Gewährung der Souveränität neue Konflikte in allen von Albanern besiedelten Regionen auslösen könnte.⁶²

⁵⁷ Zit. bei Slobodan Reljić: Čiji je interes Kosovo? (In wessen Interesse ist das Kosovo?), in: NIN 19.3.1998, S. 9.

⁵⁸ Ivana Lazić: Brak sa Albancem (Hochzeit mit einem Albaner), in: Naša borba 21./22.3.1998.

⁵⁹ Aleksandar Ćirić: Beda je zajednička (Das Elend ist gemeinsam), in: Vreme 21.3.1998, S. 10

⁶⁰ Leo Hockstader: Wind of War Blows Stronger Day by Day in Kosovo, in: International Herald Tribune 26.3.1998.

⁶¹ Marijana Milosavljević: Tesna koža (Enge Haut), in: NIN 26.3.1998, S. 14-16.

⁶² Nadežda Arbatova: Novyj ékzamen dlja meždunarodnogo soobščestva (Neue Prüfung für die internationale Gemeinschaft), in: Nezavisimaja gazeta (Moskau) 18.3.1998.

Mit anderen Worten: Es ist schwer vorstellbar, von den unmittelbar Beteiligten Lösungen zu erwarten, die ihnen *beiden* und der internationalen Gemeinschaft akzeptabel erscheinen. Nach Ansicht des albanischen Dichters Izmail Kadare liegt ein gesamt-balkanisches Defizit vor:

(...) ich denke, daß der Balkan noch niemals fähig war, irgendeine interne Frage zu lösen. Die Balkanleute sollten nicht so überaus stolz sein, sondern bereit, irgendeine Art europäischer Intervention zu akzeptieren, da sie selber nicht imstande sind, irgendein Problem zu lösen. Ich habe noch niemals einen Nationalisten gesehen, der dazu bereit wäre, die sind immer dagegen und sagen: "Was kann uns Europa denn schon!?" (Šta će nam Evropa!?) Aber ich bin überzeugt, daß der Balkan ein Schiedsgericht zu seinem Besten benötigt. Man muß diesen idiotischen Dünkel, diese Selbstgefälligkeit ablegen. Wenn ihr unfähig seid, bestimmte Probleme unter euch zu lösen, dann erlaubt, daß andere euch helfen, damit ihr Ordnung schafft. Ich bin immer für eine starke und wirkungsvolle Politik Europas auf dem Balkan.⁶³

Auch in Serbien gewinnt die Einsicht Raum, daß Serben und Kosovo-Albaner *allein* es nicht schaffen, irgendeine Lösung des Kosovo-Problems zu erreichen; diese Einsicht kann man bereits zur Kennzeichnung von Radikalen "umdrehen": Wer – etwa unter Berufung auf "Souveränität" oder als "Ablehnung einer Einmischung in innere Angelegenheiten" – gegen die Einbeziehung eines "dritten Faktors" votiert, gibt damit zu verstehen, daß er *keine* friedliche Lösung für das Kosovo will!⁶⁴

Auch bei der Führung der Kosovo-Albaner deutet sich ein vorsichtiges Umdenken an, wie besonders an Fehmi Agani, Vize-Vorsitzender der LDK, zu erkennen ist: Noch Mitte Januar 1998 gab es für ihn nur eine Lösung – "Verselbständigung wie Slowenien oder Makedonien. (...) Wir haben es zehnmal erklärt, daß wir nicht in diesem Serbien sein wollen." Serbien werde das akzeptieren müssen, und die EU habe es offenkundig bereits akzeptiert, da sie keine konkrete Vorstellung zum etwaigen albanischen "besonderen Status innerhalb Serbiens" unterbreitet habe. Wenn den Serben an einzelnen Orten im Kosovo besonders gelegen sei – etwa an Peć, wo sich das erste Patriarchat der Serbischen Orthodoxen Kirche befand –, dann könne man ja über "Exterritorialität von Einzelobjekten" reden.⁶⁵ Wenige Wochen später wiederholte Agani keine einzige dieser Forderungen; statt dessen trat er nun für eine "friedliche Lösung", für "Gespräche", für "Distanzierung vom Terror" etc. ein und sah nur eine Schwierigkeit:

Die Welt fordert klar von der albanischen Führung, daß sie sich vom Terrorismus distanziert und diesen verurteilt, was wir auch tun. Aber ich denke, daß die albanische Bevölkerung das nicht akzeptiert. Das ist ein Problem, denn die Albaner sehen die Befreiungsarmee als die ihre an.⁶⁶

Diese "Problem" wird auch von verständigen Serben erkannt: Die Kosovo-Albaner müßten jetzt viele Wünsche und Vorstellungen der letzten Jahre aufgeben, weil die unmittelbare Zukunft andere Wege zur Lösung des Kosovo-Problems bringen wird – eine "Welle politischer

⁶³ Interview in: Naša borba 24.3.1998.

⁶⁴ Novak Pribičević: S verom u posrednike (Mit dem Glauben an Vermittler), in: Naša borba 7.-8.3.1998, Beilage.

⁶⁵ Interview in: Vreme 15.1.1998, S. 11-12.

⁶⁶ Interview in: Naša borba 7.-8.3.1998, Beilage S. II-III.

Maßnahmen zur Aussöhnung" oder ein "internationales Protektorat".⁶⁷ Hinzu kam, daß die "Wahlen" vom 22. März 1998 erstmals wieder deutliche Risse unter den politischen Gruppierungen der Kosovo-Albaner verdeutlichten. Diese "Privatwahlen des Ibrahim Rugova" (Adem Demaqi) waren vor zwei Jahren (als sie hätten stattfinden müssen und können) ohne erkennbaren Anlaß verschoben worden, wurden nun zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt anberaumt und wurden von maßgeblichen Gruppen – PPK, UNIKOMB (Partei der nationalen Einigung), SDP, Studentenunion, UCK etc. – boykottiert. Zwei Tage nach den Wahlen bezeichneten zehn politische und NG-Organisationen diese als "großen politischen und nationalen Betrug durch den Clan Ibrahim Rugova",⁶⁸ und die sozialdemokratische Führerin Luljeta Pula-Beqiri prophezeite, daß "bald" Neuwahlen abgehalten werden müßten und sie Rugova ablösen werde.⁶⁹

Immerhin war die hohe Wahlbeteiligung eine Art Referendum für Rugova, der zudem einen weiteren Erfolg verbuchen konnte: Am 23. März 1998 wurden in Prishtina *Maßnahmen für die Umsetzung des Abkommens über die Volksbildung im Kosovo* vereinbart,⁷⁰ die die bislang ausgesperrten albanischen Studenten und Schüler in die Bildungsinstitutionen zurückbringen sollen. Das Abkommen wurde auf albanischer Seite überwiegend positiv aufgenommen,⁷¹ von Seiten der Kosovo-Serben jedoch rundheraus abgelehnt. Radivoje Papović, serbischer Rektor der Universität Prishtina, erläuterte diese Ablehnung:

Die Albaner leben mit uns, aber wir nicht mit ihnen. Sie leben bei uns, nicht wir bei ihnen. Dieses Abkommen ist der Anfang des Unglücks und des Zerfalls des serbischen Staats.⁷²

Die aggressive Ablehnung des neuen Abkommens führte in Serbien nur dazu, daß man sich die Verhältnisse bei den Serben im Kosovo etwas genauer ansah, was zu erstaunlichen "Befunden" führte: Rektor Papović ist eigentlich ein Privatunternehmer mit einem einträglichen Erdölhandel und Mitglied eines Kreises einflußreicher Geschäftsleute, gegen deren Macht nicht einmal Miloševićs Regierungspartei SPS ankommt; vor zehn Jahren war er selber noch Mitglied des *Bundes der Kommunisten* (SKJ), dann "erwärmte er sich für den nationalen Gedanken" und wurde einer der härtesten serbischen Nationalisten im Kosovo. Bis 1991 durften nur maximal fünf Prozent der an der Universität Prishtina eingeschriebenen Studenten *nicht* aus dem Kosovo sein, und bei der Abschaffung dieser "Sperrklausel" hat Papović mitgeholfen – weswegen die gegenwärtig dort Studierenden der nationalistische Rückhalt des Rektors sind, einig in der Absicht, den neuen Schulvertrag mit allen Mitteln zu blockieren.⁷³ Allgemein gilt die Universität Prishtina als eine niveaulose Anstalt, in der Diplome vorwiegend mit Geld erworben werden, was sich serbische Studenten aus dem ganzen Land ("an der Universität Prishtina gibt es am wenigsten Serben aus dem Kosovo"), aber auch zahlreiche Griechen

⁶⁷ Interview mit Dušan Janjić in: Naša borba 7.-8.3.1998, Beilage S. IV.

⁶⁸ Milosavljević, *Tesna koža...* a.a.O.

⁶⁹ Interview in: NIN 26.3.1998, S. 17-18.

⁷⁰ Wortlaut in: Naša borba 24.3.1998.

⁷¹ Zoran B. Nikulić: Čekanje i strah (Warten und Furcht), in: Vreme 28.3.1998, S. 14-17.

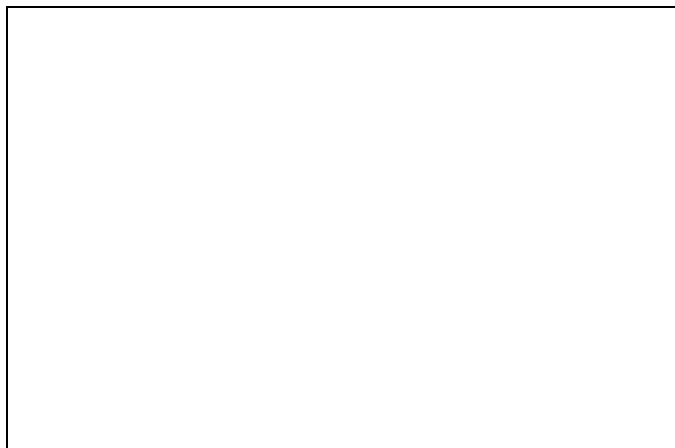
⁷² Milosavljević, *Tesna koža...* a.a.O.

⁷³ Sandra Petrušević: Pobuna crvenog rektora (Der Aufruhr des roten Rektors), in: NIN 2.4.1998, S. 18-20.

zunutze machen. Serbische Orte wie Peć sind Zentren des Schmuggels und der dunklen Geldgeschäfte und ähnliches mehr.⁷⁴

5. Lösungsmodelle

Grundsätzlich hat das neue Abkommen verdeutlicht, daß und wie man zu bilateralen Lösungen kommen kann: Ein Notstand wurde in einer Weise behoben, mit der beide Seiten leben können, und das kam unter internationaler Vermittlung – konkret: durch die römische *Comunita di Sant' Egidio*, die bereits die ersten Schulverhandlungen 1996 moderiert hatte⁷⁵ – zustande. Milošević zu ähnlich entschiedenen Schritten auf eine Kosovo-Gesamtlösung zu drängen, war dann auch das erklärte Ziel internationaler Politiker – Solana, Annan, Kinkel, Primakov etc. –, die im März 1998 Serbien und/oder dessen Nachbarländer aufsuchten.⁷⁶ In Serbien steigt ja auch die Bereitschaft, beim Kosovo-Problem über den eigenen Schatten zu springen; allerdings hat man hier Angst – wie sie folgende Karikatur mittels der traditionellen serbischen und albanischen Kopfbedeckungen illustrierte⁷⁷ –, daß innerhalb Serbiens ein albanischer Separatstaat mit sekundärer Separierung der Serben entstehen könnte und daß sich dieses Problem noch gravierender stellen könnte, wenn man den Kosovo-Albanern Konzessionen "in Jugoslawien" machte.



Das Stichwort "Protektorat" fällt schon seit Jahren, wenn von möglichen Lösungen des Kosovo-Problems die Rede ist; bislang aber wurde diese Frage eher "akademisch" diskutiert, wobei drei oder mehr Modelle einer *erweiterten, vertieften, besonderen, föderalen, geschützten etc. Autonomie* zur Sprache kamen, wie sie sich in anderen Regionen bereits bewährt hatten:

1. Status wie Südtirol innerhalb Italiens.
2. Sonderregelung für nationale Mehrheitsgebiete nach dem Vorbild Zyperns vor der türkischen Invasion.

⁷⁴ Vgl. das Interview mit Dušan Janjić, in: *Vreme* 28.3.1998, S. 20-21.

⁷⁵ ICG, *Kosovo Spring Report...* a.a.O., Teil 1, S. 29 ff.

⁷⁶ Stevan Nikšić: *Pandorina kutija* (Die Büchse der Pandora), in: *NIN* 19.3.1998, S. 10-11; ders.: *Muke na "južnom krilu"* (Schwierigkeiten auf dem "Südflügel"), in: *NIN* 26.3.1998, S. 13-14.

⁷⁷ *NIN* 26.3.1998.

3. "Asymmetrische Föderation" wie Quebec in Kanada oder Tatarstan in Rußland.⁷⁸

Serbische Medien interessieren sich besonders für Südtirol, da die frühere Dauer und Härte des dortigen Konflikts an die Zustände im Kosovo erinnerte und die im Januar 1972 vereinbarte Autonomie zu einer beispielhaften Befriedung der Region führte.⁷⁹ Es ist nicht erstaunlich, daß in solche Planungs- und Gedankenspiele bislang nie das bosnische Beispiel seit Dayton einbezogen wurde: ein international anerkannter integraler Staat, in dem zwei *Entitäten* bestehen. Dieses mögliche Muster spielte schon bei den serbisch-albanischen Gesprächen, die im Frühjahr 1997 in New York stattfanden, keine Rolle, denn Dayton-Bosnien war damals bereits ein anderes Wort für "balkanische Krise". Auch wollte man die "Internationalisierung" des Kosovo-Problems nicht so weit treiben, wie es seinerzeit in Dayton mit Bosnien der Fall gewesen war. Dayton ist kein attraktives Modell – besonders nicht, wenn Europa mit den zahlreichen "Euro-Regionen" unendlich anziehendere Gebilde offeriert (zumindest in serbischen Augen, wobei zu fragen wäre, ob grenzüberschreitende Wirtschaftszonen, wie sie die "Euro-Regionen" sind, überhaupt in diesem Zusammenhang erwähnt werden können).⁸⁰

In Serbien wird seit Jahren über territoriale Neuregelungen diskutiert, mit denen sich das Kosovo-Problem lösen ließe – angeblich wurden bislang *elf* Modelle angeregt.⁸¹ Was auch immer diskutiert wird, bewegt sich sozusagen in einem Viereck, gefügt aus den Positionen: Verweigerung jeglicher Autonomie – territoriale Autonomie – Regionalisierung *ganz* Serbiens – Sezession des Kosovo. Diese vier Positionen reduzieren sich im Grunde auf zwei, denn die erste (Milošević) erscheint nicht mehr haltbar und die vierte (Rugova) nicht mehr durchsetzbar. Position 2 war im Frühjahr 1995 in einem Zehn-Punkte-Plan der gesamten Opposition – von Šešeljs *Radikalen* bis zu Đinđićs *Demokraten* – fixiert, war im Detail aber so unklar (z.B. in der offenen Frage, ob jede neue Region ihr eigenes Parlament haben sollte), dazu mit Sonderforderungen belastet (z.B. nach einem Widerruf serbischer Enteignungen von 1945), daß sie letztlich irrelevant blieb.⁸² Position 3 wurde ebenfalls 1995 von einer Gruppe ehemaliger Diplomaten und aktiver Bürgerrechtler aufgestellt und plädierte für maximale Autonomie des Kosovo unter internationaler "Arbitrage".⁸³

Position 3 ist zugleich die einzig realistische und schwierigste. Die Schwierigkeiten beginnen damit, daß die beiden Protagonisten des Problems und seiner Lösung von ihren Grundpositio-

⁷⁸ Bericht in: NIN 14.6.1996, S. 15-16; Thanos Veremis: Avoiding Another Balkan War: Strategy on Conflict Prevention in Kosovo, in: Review of International Affairs (Belgrad) Nr. 1053-1054, 15.2.-15.3.1997, S. 5-8; der Verfasser war Präsident der Griechischen Stiftung für Europäische und Außenpolitik. Mitten in seinen Artikel ließ der (serbische) "Editor-in-Chief" seine abweichende Meinung setzen, die mit diesen Worten begann: "The Kosovo issue is the internal matter of the Republic of Serbia and FR Yugoslavia", W.O.

⁷⁹ Michael Feiler: South Tyrol – Model for the Resolution of Minority Conflicts?, in: Review of International Affairs Nr. 1053-1054, 15.2.-15.3.1997, S. 10-36.

⁸⁰ Predrag Simić: Nacionalna i državna dimenzija (Die nationale und die staatliche Dimension), in: Naša borba 7.-8.3.1998, Beilage.

⁸¹ Ćirić, Beda je... a.a.O.

⁸² Perica Vučinić/Dragoslav Grujić: Srbija cela, Kosovo iz dva dela (Serbien intakt, Kosovo zweigeteilt), in: Vreme 1.5.1995, S. 8-10.

⁸³ Seska Stanojlović: Čije je Kosovo (Wem das K. gehört), in: Vreme 27.3.1995.

nen abweichen müßten, weswegen sie letztlich Störmanöver inszenierten. Milošević will die Frage einer internationalen Beteiligung in einem "Referendum" stellen, begründete diesen Plan aber so, daß sein Widerwille gegen ausländische Vermittlung unverkennbar war:

Es ist bekannt, daß wir es ablehnten, die Teilnahme ausländischer Vertreter bei der Lösung innerer Fragen unseres Landes, besonders bei der Lösung des Problems Kosovo-Metohija, die eine interne Angelegenheit Serbiens sind, zu akzeptieren. Ich meine, daß diese Haltung wesentliche Bedeutung für die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität unseres Landes hat. Über unserem Land schwebt die Gefahr, daß wir deswegen allen möglichen Pressionen ausgesetzt werden. Die Haltung gegenüber unserem festen Standpunkt, daß wir als souveräner Staat unsere Probleme ohne fremde Einmischung lösen, ist äußerst negativ und aggressiv von seiten derer, die der ganzen Welt diktieren wollen, wie man leben soll. Sogar noch mehr – wie man zu denken hat.⁸⁴

Dieses Referendum war für den 23. April angesetzt: 7,2 Mio. Stimmberechtigte sollten mit *Nein* oder *Ja* – in dieser Reihenfolge! – auf die Frage antworten: "Akzeptieren Sie eine Beteiligung ausländischer Vertreter an der Beilegung der Probleme im Kosovo?"⁸⁵ Im serbischen Original war nur von *stranci* die Rede, also von *Fremden*, und als solche hätte man sogar Montenegriner ansehen können, da das Referendum vom Serbischen Parlament anberaumt worden war. Der deutsche Außenminister Kinkel nannte das Referendum ein "Ablenkungsmanöver",⁸⁶ Nenad Čanak, Chef der *Sozialdemokratischen Liga der Vojvodina*, bezeichnete es "als eine weitere von vielen Betrügereien des Regimes Slobodan Milošević",⁸⁷ und selbst Dušan Mihajlović, Führer der mit Milošević verbündeten *Neuen Demokratie* (ND), schrieb in einem offenen Brief an Milošević, er halte das Referendum für "unnötig".⁸⁸ Die Kosovo-Albaner, die das Referendum ohnehin boykottieren wollten, machten sich darüber geradezu lustig – Fehmi Agani erinnerte daran, daß Milošević bei den Dayton-Verhandlungen nicht an ein Referendum gedacht habe, und wenn er es nun täte, sei das "eine Art Manipulation".⁸⁹

Auf der anderen Seite hat Rugova seit dem 12. März 1998 mehrere Gesprächstermine mit den Serben platzen lassen, weil er nicht ohne auswärtige Vermittler reden wollte, Vorbedingungen stellte, sein Verhandlungsteam noch nicht beisammen hatte etc.⁹⁰ Überzeugend war das nicht – und einen überzeugenden Grund hatte Rugova wohl übersehen: Serbischer Verhandlungsführer war Vizepremier Ratko Marković, Autor der aktuellen Verfassung Serbiens. Bundesaußenminister Kinkel hat Mitte April 1998 die Lage in einem Interview so beschrieben:

Präsident Milosevic weiß genau, daß die Völkergemeinschaft auf zwei Voraussetzungen zur Lösung des Kosovoproblems besteht. Einmal muß die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien erhalten bleiben. Zum anderen wollen wir weitgehende Autonomie und Selbst-

⁸⁴ Bericht und Wortlaut in: Vesti 3.4.1998.

⁸⁵ Meldung in: Kölner Stadtanzeiger 22.4.1998.

⁸⁶ Interview in: Kölner Stadtanzeiger 17.4.1998.

⁸⁷ Interview in: NIN 9.4.1998, S. 11-12.

⁸⁸ Interview in: NIN 9.4.1998, S. 13.

⁸⁹ Interview in: NIN 9.4.1998, S. 14.

⁹⁰ Sandra Petrušić: Pet puta ništa (Fünffmal nichts), in: NIN 19.3.1998, S. 12-14.

verwaltung der Albaner erreichen, die nicht nach serbischem Gutdünken revidiert, kontrolliert oder wieder eingeschränkt werden darf. (...) Zunächst gibt es einen neuen Anlauf für den Dialog der Volksgruppen, der in der Tat bisher noch nicht zustande gekommen ist. Das liegt vor allem daran, daß Belgrad laufend Verhandlungen zu eigenen Bedingungen anbietet. Milosevic will nur serbische Verhandlungsdelegationen (...) Das widerspricht der Abmachung. Auf der anderen Seite satteln natürlich auch die Kosovo-Albaner drauf und müssen daran erinnert werden, daß sie jetzt mindestens in den Beginn des Dialogs einwilligen sollen, dessen Ziel eben nicht die Abspaltung sein kann.⁹¹

Die von Kinkel kritisierten Eigenmächtigkeiten der Serben dienen offenkundig den Kosovo-Albanern als Begründung, den Dialog einstweilen nicht zu beginnen. So wenigstens hört sich eine Aussage Fehmi Aganis an:

Sobald jemand die Albaner als Vertreter politischer Parteien von nationalen Minderheiten anspricht, ist ein solches Gespräch von vornherein ausgeschlossen. Gleichfalls ist ein Gespräch unmöglich, falls die Einladung seitens einer Delegation Serbiens erfolgt, nicht aber Jugoslawiens, wie es die Kontaktgruppe angeordnet hat.⁹²

Oder sollte Aganis Aussage darauf verweisen, daß nach ein paar Veränderungen in der Zusammensetzung der Delegation und in dem Verhandlungsstil der Dialog endlich beginnen könnte? Immerhin sind aus neuesten Äußerungen seit Mitte März 1998 die Umrisse einer denkbaren Lösung des Kosovo-Konflikts zu erkennen, die etwa folgenden "Spielregeln" zu folgen hat:

1. Die "interne Selbstbestimmung" (verstanden als Gegenteil der "externen Selbstbestimmung" via Abtrennung) ist für Serben wie für Albaner grundsätzlich akzeptabel.
2. Das bedeutet für die Kosovo-Albaner die Aufgabe aller Sezessionswünsche und für die Serben die Einwilligung in einen (noch näher zu bestimmenden) Sonderstatus für das Kosovo.
3. Dieser Status muß so ausgehandelt werden, "daß beide Seiten ihn nicht als Niederlage empfinden" und daß keine Seite ihn später als Rahmen neuer "ethnischer Säuberungen" mißbraucht.⁹³

Denkbar und wünschenswert wäre weiterhin, daß die internationale Beteiligung ("dritter Faktor") an der Konfliktlösung noch folgende Aspekte betrifft:

1. An den Verhandlungen nehmen alle Balkanstaaten teil, die entweder albanische Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen haben – Griechenland, Makedonien – oder von kriegerischen Zuspitzungen des Konflikts direkt betroffen wären: Rumänien, Bulgarien, Albanien, Türkei.

⁹¹ Interview in: Kölner Stadtanzeiger 17.4.1998.

⁹² Interview mit Agani in: NIN 9.4.1998, S. 14.

⁹³ Simić, Nacionalna... a.a.O.; Beljulj Bečaj: OVK postala nezaobilazna (Die OVK ist nicht zu übergehen), in: Naša borba 7.-8.3.1998, Beilage.

2. Der eigentliche Dialog sollte erst als *dritte* Phase des Konfliktmanagements anlaufen – nach der Entspannung und nach ersten Versuchen einer Vertrauensbildung.
3. Die gefundene Konfliktlösung sollte für die ersten Jahre international überwacht und nach einer längeren Beruhigungs-, Gewöhnungs- und Bewährungsphase der gesamten Bevölkerung in einem Referendum zur endgültigen Bestimmung vorgelegt werden.⁹⁴

Im Zusammenleben *mehrerer* Völker in *einem* Staat sind immer drei Szenarien denkbar: Assimilation, Dominanz, Koexistenz. Eine Assimilation der Kosovo-Albaner wurde nie versucht – sie wäre auch angesichts sprachlicher, kultureller, religiöser, sozialer etc. Unterschiede zu den Slaven sowie der territorialen Nähe zum Staat Albanien unmöglich gewesen. Dominanz war hingegen in der Geschichte die praktisch einzige Option der Serben, auch wenn sie nie zuvor in der seit zehn Jahren praktizierten Härte demonstriert wurde. Für die Zukunft muß ein bilateral adäquates Modell der Koexistenz gefunden werden. Auf der Basis der oben skizzierten "Spielregeln" wären die folgenden Lösungsmodelle zu diskutieren:⁹⁵

1. **Internationales Protektorat:** Die Vereinten Nationen übernehmen für *drei* Jahre die Verwaltung eines demilitarisierten Kosovo. Diese Lösung dürfte am serbischen Widerstand und an internationaler Ablehnung scheitern.

2. **Administrative Neuregelung, eventuelle Teilung des Kosovo:** Die Idee einer administrativen Neugliederung Serbiens, bei der das Kosovo eine "regionale Einheit" mit "lokaler Selbstverwaltung" bilden würde, wurde im März 1998 von der *Demokratischen Partei Serbiens* (DSS) über ihren Vorsitzenden Vojislav Koštunica erneut in die Diskussion gebracht; dabei berief man sich auf das Beispiel Spaniens, das mit einer solchen Neugliederung die besten Erfahrungen gemacht habe.⁹⁶ Schon drei Jahre zuvor hatte Mihajlović ND einen Plan vorgelegt, der die "Rückkehr lokaler Selbstverwaltung, die Rückkehr regionaler Autonomie entsprechend europäischen Regeln und Ansätzen" für das Kosovo vorsah.⁹⁷ Ein weiter gehender Plan wurde Anfang April 1998 von einem "Expertenteam" der *Serbischen Erneuerungsbewegung* (SPO) des Vuk Drašković vorgelegt: Das Kosovo wird zweigeteilt, die beiden Regionen haben weit größere Kompetenzen als die bisherigen *Autonomen Provinzen*, bleiben aber "entblößt aller Elemente von Staatlichkeit" und sind über einen "Rat der Regionen" (Veće regiona) im serbischen Parlament vertreten; darüber hinaus haben die Regionen eigene Parlamente aus *zwei* Kammern, von denen eine gewählt, die andere nach ethnischem Proporz ernannt wird.⁹⁸

Die Vorstöße von ND, DSS und SPO erscheinen grundsätzlich akzeptabel, da sie keine *ethni-*

⁹⁴ Diese Grundsätze (und den Begriff "Protektorat") hörte der Verfasser bereits im Herbst 1992 von den beiden Führern der Sozialdemokratie der Kosovo-Albaner, Ljuljeta Beqiri-Pula und Shqelzen Maliqi, als diese zu einem Besuch in Köln waren und mit ihm über das Kosovo-Problem sprachen, W.O.

⁹⁵ Detailliert ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 2, S. 19 ff.

⁹⁶ Interview mit Koštunica in: NIN 26.3.1998, S. 20-22.

⁹⁷ Interview mit Mihajlović in: NIN 9.4.1998.

⁹⁸ Bericht in: Vesti 7.4.1998.

sche Teilung des Kosovo vorsehen; letztere wurde schon 1996 von Aleksandar Despić, Vorsitzender der *Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste* (SANU), vorgeschlagen.

3. **Autonomie**: Transfer legislativer Vollmachten an den Kosovo, analog der Lösung für Südtirol. Diese Lösung könnte auch für die Albaner akzeptabel sein – sofern man sie anders benennen würde, da allein das Wort *Autonomie* vielfältig vorbelastet ist.

4. **Dritte Republik in Jugoslawien**: Das Kosovo wird dritte Republik (neben Serbien und Montenegro) in der BR Jugoslawien, bekommt eine eigene Verfassung, Verwaltung, Gerichtswesen und ein Vetorecht in Grundfragen; die Föderation ist für Verteidigung, Sicherheit, Außen- und Geldpolitik zuständig. Die Kosovo-Albaner werden eine "konstitutive Nation", Albanisch eine offizielle Sprache in Jugoslawien. Diese Lösung wurde schon vor Jahren von Adem Demaqi vorgeschlagen, vermehrt um das "Recht auf Ausscheiden" aus der Föderation. Im Februar 1998 wurde sie von Azem Vlasi, einst "Titos junger Mann im Kosovo", heute Rechtsanwalt in Prishtina, wiederholt.⁹⁹ Noch dürfte die Idee als wahrhaft revolutionäre anmuten und speziell für Serben schwer "verdaubar" sein, obwohl man sie offenkundig als unausweichlich ansieht – wie (stellvertretend für viele) der Historiker Milan St. Protić in einem Interview sagte:

Sie (= internationale Gemeinschaft) wollen hier ein kleines, verringertes Jugoslawien haben, ein Tito-Jugoslawien aus drei föderativen Einheiten (sa tri federalne jedinice), von denen jede ihren eigenen Weg geht, dabei aber mit der Rute unter Kontrolle gehalten wird. Mir scheint, daß das aus dem Blickwinkel der internationalen Gemeinschaft die ideale Lösung für das Kosovo-Problem ist. Wir müssen lernen, daß gegen den Willen der Großmächte nichts geht.¹⁰⁰

Das klingt wie ein resignativer Rückzug auf die alte Position, daß *Serbien im Frieden das verliert, was es im Krieg gewonnen hat* (Dobrica Ćosić), ist aber nur ein Rekurs auf die mythische Verbrämung des ganzen Problems. In der Realität ist es so, daß Belgrad das Kosovo faktisch längst aufgegeben hat: Die Binnenkolonisierung der Region ist seit Jahren gestoppt, von Hunderttausenden serbischer Flüchtlinge aus Bosnien und Kroatien wurde nur eine Handvoll ins Kosovo dirigiert, Industriekapazitäten werden aus dem Gebiet heraus verlagert.¹⁰¹ Das und vieles andere könnte im Vollzug des föderalen Konzepts geändert werden – unter der Voraussetzung allerdings, daß die BR Jugoslawien auch innerlich ein ganz anderes Land wird, demokratisch regiert und ökonomisch prosperierend, erscheint sie als der zugleich beste und einzig mögliche Ausweg. Dann würde die Normalität eintreten, die der albanische Sozialdemokrat Shqelzen Maliqi schon im Dezember 1991 als künftige Entwicklung und Verpflichtung für alle Beteiligten voraussah:

Wir werden nämlich immer, ob uns das gefällt oder nicht, Nachbarn der Serben sein. Das Problem ist jedoch, mit wem wir verhandeln sollen. (...) Gäbe es ein demokratisches Serbien, dann glaube ich, daß wir mit ihm gemeinsame Interessen finden könnten. (...) jede neue Machtelite

⁹⁹ Azem Vlasi (Interview): Trodelna celina (Dreiteiliges Ganzes), in: NIN 19.2.1998, S. 16-17.

¹⁰⁰ Wortlaut in: *Oko* Nr. 40/11, 13.3.1998, S. 3.

¹⁰¹ Škelzen Maliči (Shqelzen Maliqi): Prazna puška (Leere Flinte), in: NIN 25.8.1995, S. 26-27.

müßte die hundertjährige repressive Politik gegenüber den Albanern radikal ändern und versuchen, mit ihnen irgendeine Art Union zu schließen.¹⁰²

Vielleicht sind die Serben dieser Perspektive schon näher, als sie selber ahnen – vermutete DS-Führer Zoran Đinđić: Miloševićs letzte Schachzüge um das Referendum sind nur "Betrug", ein hilfloser Versuch, zum letzten Mal nationalistischen Zusammenhalt herbeizuführen. Tatsächlich ist die Kosovo-Problematik spätestens seit dem Schulabkommen "internationalisiert", da dieses bekanntlich mit internationaler Vermittlung zustande kam. Sich jetzt gegen einen internationalen Vermittler zu wehren ist pure Heuchelei, da doch derselbe Milošević denselben Vermittler, der spanischen Ex-Premier F. González, vor Jahresfrist sehr gern akzeptierte, als seine Macht durch die serbischen Massenproteste gefährdet war. Und natürlich kann das Kosovo-Problem nur im jugoslawischen Rahmen gelöst werden, denn "Jugoslawien ist ein Subjekt des Völkerrechts, nicht aber Serbien". Schließlich kann der ganze Konflikt nur dann "gelöst" werden, wenn er in einem demokratischen Staat (der Serbien momentan nicht ist) grundsätzlich entschärft ist – wenn erst einmal legitime Regierungen und unabhängige Richter über demokratische Grundrechte wachen, dann ist auch die Autonomie von Regionen wie dem Kosovo kein großes Problem mehr, und wahre Autonomie ist ohnehin nur in einem demokratischen Staat möglich. Vor dieser Perspektive aber scheinen alle Beteiligten noch zurückzuschrecken – die serbischen Machthaber sowieso, und "es besteht ein begründeter Zweifel, daß den albanischen Führern im Kosovo nicht an demokratischen Rechten gelegen ist, sondern an einem unabhängigen Staat, selbst wenn dieser undemokratisch ist".¹⁰³

6. Zusammenfassung

1. Das langjährige Belgrader Axiom, *Kosovo ist eine ausschließlich innere Angelegenheit Serbiens*, war nie etwas anderes als eine infantile Trotzbehauptung: Allein die räumliche und ethnische Nähe des Kosovo und seiner albanischen Mehrheitsbevölkerung zu anderen von Albanern besiedelten Regionen hätte Belgrader Machthaber zu jeder Zeit zu maximaler Vorsicht, Umsicht und Rücksicht mahnen müssen. Das Gegenteil war der Fall: Lange versteckte, neuerlich offen begangene Menschenrechtsverletzungen haben den Kosovo-Konflikt endgültig zu einer Sache internationaler Aufmerksamkeit, die nun massive Rückwirkungen auf Belgrad hat, werden lassen. Und jede Lösung kann nicht anders als *internationalisiert* sein, da sie jugoslawisch angelegt sein muß, weil nur die BR Jugoslawien, nicht aber Serbien Subjekt des Völkerrechts ist.

2. Die Lage der Albaner im Kosovo, in Albanien und in Makedonien ist alles andere als einfach: Im Kosovo bemüht sich ein zunehmend unter Druck geratender "Präsident" Rugova, Unvereinbares zu vereinen: seine bisherige gewaltfreie "Ghandi-Strategie" fortzuführen, sie gegen die Frustration und Ungeduld junger Albaner wie auch gegen Vorwürfe der "Passivität" anderer kosovo-albanischer Politiker zu verteidigen und dabei noch mit klaren internationalen Absagen an seine Forderung nach Souveränität umzugehen. In Albanien selber sind seit

¹⁰² Zit. in: Danas (Zagreb) 10.12.1991.

¹⁰³ Zoran Đinđić: Prava pre svega (Vor allem Rechte), in: NIN 9.4.1998, S. 15.

Juni 1997 die Sozialisten an der Macht, die zu den Kosovo-Albanern eine weit größere Distanz pflegen, als sie zuvor unter Berishas Demokraten die Norm war. Und in Makedonien versuchen albanische Extremisten, aufgrund unbewiesener, ja falscher Angaben zur numerischen Stärke der dortigen albanischen Volksgruppe Veränderungen in der Landesverfassung und -verwaltung zu erreichen.

3. Das unbestreitbar im Ausland vorhandenen Mitgefühl für die Kosovo-Albaner hat dennoch die Zweifel an der Richtigkeit ihrer Ziele und Mittel nicht verdrängt. Ihr konzessionsloses Beharren auf der Souveränität ihrer einseitig proklamierten "Republik Kosovo" ist international inakzeptabel – ihr totaler Boykott serbischer Institutionen und deren Ersetzung durch albanische *parallelstrukturen* wurde von albanischen Politikern aus Tirana als Beitrag zur Verschärfung des Konflikts kritisiert.

4. Bezeichnenderweise wurde diese Kritik anlässlich von Besuchen in der benachbarten Republik Makedonien geäußert, wo die dortigen Albaner – ein knappes Viertel der Gesamtbevölkerung – partielle Neigungen zeigen, ihrerseits *Parallelinstitutionen* zu schaffen. Das betrifft insbesondere die "Albanische Universität" im westmakedonischen Tetovo, Stadtteil Mala Rečica, die nach anfänglichen Spannungen von makedonischen Behörden und Politikern aus Albanien demonstrativ ignoriert wird.

5. Makedonien muß immer noch befürchten, bei einer etwaigen Ausweitung des Kosovo-Konflikts erster Betroffener zu sein. Für den Moment aber hat es vierfachen Vorteil aus der Situation erlangt: Vor aller Welt wurde demonstriert, daß die Lebensbedingungen der Albaner in Makedonien unvergleichlich besser als anderswo sind. Das Verhältnis zur Republik Albanien, das seit Jahren konfliktfrei und kooperativ ist, konnte nochmals nachhaltig verbessert werden. Durchsichtige griechische Versuche, die aktuellen Spannungen zu Pressionen gegen Makedonien zu nutzen, fielen auf die Urheber zurück. Und Makedonien wurde vielfach zugesagt, daß die internationale Schutztruppe UNPREDEP ihr im August 1998 auslaufendes Mandat verlängern werde.

6. Die Kosovo-Albaner wollen die Sezession von Serbien – und hören seit Wochen von allen mehr oder minder maßgebenden Seiten, daß sie diese Idee so rasch wie möglich aufgeben müssen. Das serbische Regime erstickt sezessionistische Aktionen der Kosovo-Albaner im Keim – und muß sich für die Art seines Vorgehens heftige internationale Kritik gefallen lassen. Die internationale Gemeinschaft fordert für das Kosovo "Autonomie" und/oder einen "besonderen Status in Serbien" (bzw. "in Jugoslawien") – ohne bislang gesagt zu haben, was man sich darunter konkret vorzustellen hat. Seit Mitte März 1998 gehen fast täglich zwischen Belgrad und Prishtina Angebote zu Gespräch und Dialog hin und her – die dann aber, zumeist von albanischer Seite, boykottiert werden, wenn der serbische Gesprächspartner bereits am Verhandlungstisch Platz genommen hat.

7. Das Kosovo wird gegenwärtig von allseitiger Angst unter den Menschen beherrscht, was die wechselseitige Distanz weiter verschärft und aggressiv auflädt. Serbische und kosovo-albanische Politiker haben sich dank jahrelanger Verfolgung von exklusiven Maximalpositionen im Grunde denkbarer Verhandlungsspielräume begeben. Nominell stimmen beide Seiten dem international geforderten *freien Dialog ohne Vorbedingungen* zu, aus der Konsequenz

ihrer jeweiligen Konzeptionen können sie ihn aber eigentlich nicht führen, und in der Realität verhinderten sie ihn bislang auch durch allerlei "Draufsatteln" (K. Kinkel).

8. Diese Entwicklungen sowie neuere Ereignisse auf beiden Seiten – kosovo-albanische "Wahlen", kosovo-serbischer Widerstand gegen die Wiedereröffnung von Schulen für Albaner – nehmen sich wie eine Bestätigung des Verdikts aus, das der international bekannte albanische Schriftsteller Izmail Kadare äußerte: Der Balkan ist seit jeher unfähig, eigene Probleme zu lösen, und benötigt darum immer auswärtige Vermittlung. Auf dieser Vermittlung besteht mittlerweile auch die internationale Gemeinschaft, die die Lösung des Kosovo-Konflikts im Rahmen des Prinzips *Sezession nein – Autonomie ja* sucht. Es geht um Art und Ausmaß der Autonomie, wofür bislang elf Modelle gefunden und diskutiert wurden. Alle diese Modelle sind im Ausland bereits angewendet worden und haben sich bestätigt – von Quebec über Südtirol und Zypern bis nach Tatarstan.

9. Im Kosovo sind einstweilen bestenfalls erste Erkenntnisse zu registrieren, daß bisherige Positionen nicht mehr gehalten werden können, Maximalforderungen aufgegeben werden müssen und Lösungen im Einklang mit internationalen Erfahrungen und Prinzipien gefunden werden sollen. Noch ist keine Lösung in Sicht, aber viele Indizien deuten darauf hin, daß sie in einer Neugestaltung der jugoslawischen Föderation (Serbien + Montenegro + Kosovo) liegen wird. Diese Vorstellung erscheint gegenwärtig Serben wie Albanern noch schwer annehmbar, aber diese Aversion ist nach Meinung des serbischen demokratenführers Z. Đinđić nur ein Nebeneffekt der grundsätzlichen demokratischen Defizite auf beiden Seiten: Würde Serbien erst einmal ein Land mit legitimen Regierungen, unabhängigen Richtern und garantierten Menschenrechten, und würden die Kosovo-Albaner mehr an die demokratische Umgestaltung ihrer Region als an deren Loslösung von Serbien denken, dann wäre jede denkbare Autonomielösung als praktizierte Demokratie ein weitaus kleineres Problem.

Wolf Oschlies

Kosovo '98 (II) Regional Repercussions and Possible Solutions to the Conflict

Bericht des BIOst Nr. 21/1998

Summary

Introductory Remarks

Large groups of ethnic Albanians are to be found in four of Albania's neighbouring states – indeed almost half of all Albanians live outside Albania. It has been the declared intention of the Albanians for more than a hundred years to live together in their own state. This combination of circumstances gives the recent unrest in the south Serbian province of Kosovo, in which Albanians form the overwhelming majority of the population, a number of external dimensions: first of all, it could never be assumed, and certainly cannot be now, that autonomy is really the ultimate goal of the Kosovo Albanians' political programme; rather it would seem to be simply the first step towards achieving unification with Albania. Second, the Serbian police terror in Kosovo has led to a demonstration of solidarity with the Kosovo Albanians by Albanians living elsewhere. Third, it is to be feared that the escalating confrontation in Kosovo will spill over into neighbouring regions and that other states, such as the Republic of Macedonia, will be drawn into the conflict.

The inevitable conclusion is that the Kosovo conflict is *not* – contrary to what Belgrade has been alleging for many years – an *internal Serbian matter*. Violations of human rights, which have been going on in Kosovo for the past decade and have increased in recent months, have caused the international community to become indirectly involved in the conflict. Moreover, if the confrontation were to spread in the way suggested above then a direct involvement could not be ruled out. The specific nature of this conflict puts the international community in rather a difficult position, for while it may tend to side emotionally with the repressed Kosovo Albanians it can see no way of acceding to their demand for irreversible secession from Serbia. The international community continues to be fundamentally opposed to Milosevic's dictatorial regime and to exert pressure on it via threats of sanctions etc. but when it comes to issues such as the unilateral redrawing of borders or the unsanctioned breaking away of regions from internationally recognised states (or in this case a federal state – the Federal Republic of Yugoslavia) then it finds itself agreeing with Serbia's argument that these are incompatible with the proven peaceful values and democratic principles that emerged from the Helsinki Agreement of 1975.

What this means above all for the Kosovo conflict is that the status quo cannot be maintained, for it is diametrically opposed to everything that the international community would like to

see in the Balkans: the establishment of peace in the region, peaceful and democratic states and guaranteed minimum standards of human and minority rights in the individual states. What is also certain is that the Kosovo Albanians' declaration of sovereignty for the "Republic of Kosovo," which they are forever reiterating is not subject to negotiation, will find no international support. Any solution must therefore be based on the principle of *No to Secession – Yes to Autonomy*.

The following report looks at these issues in more detail. Like Part I (Bericht des BIOst Nr. 20/1998) it is based on generally accessible sources, mainly of Yugoslav origin.

Findings

1. Belgrade's long-standing axiom that Kosovo *is exclusively a Serbian internal matter* was never anything other than a demonstration of childish stubbornness. Quite apart from anything else, the geographical and ethnic proximity of Kosovo, with its majority Albanian population, to other regions inhabited by Albanians ought to have alerted those in power in Belgrade to the fact that Kosovo was a region to be treated with extreme caution, circumspection and respect. But just the opposite occurred: violations of human rights, for a long time covert but of late quite open, made the Kosovo conflict the focus of international attention – with major repercussions for Belgrade. Now any solution must automatically be an international one – i.e., it must involve Yugoslavia as a whole – since only the Federal Republic of Yugoslavia, not Serbia, is a subject of international law.
2. The situation of the Albanians in Kosovo, in Albania and in Macedonia is by no means easy. Kosovo's self-styled "President" Rugova is coming under increasing pressure to square the circle: i.e., to continue to pursue his Ghandi-like strategy of non-violence while defending it against accusations of passivity by other Kosovo Albanian politicians amid the growing frustration and impatience of young Albanians and at the same time to somehow field clear international rejections of his demand for sovereignty. In Albania itself the Socialists, who have been in power since June 1997, are maintaining a greater distance from the Kosovo Albanians than Berisha's democrats previously did. In Macedonia Albanian extremists are trying on the basis of unproven, indeed false data regarding the numerical strength of the Albanian population there to bring about changes in the country's constitution and system of administration.
3. While the Kosovo Albanians certainly evoke sympathy abroad, this has not dispelled doubts about whether their ends and means are justified. Their dogged determination to assert the sovereignty of their unilaterally proclaimed "Republic of Kosovo" is internationally unacceptable, and their complete boycott of Serbian institutions and establishment of parallel Albanian structures has been criticised by politicians in Tirana as fuelling an escalation of the conflict.
4. It is significant that this criticism was voiced during visits to the neighbouring Republic of Macedonia, where the Albanian inhabitants – who make up just under a quarter of the population – are showing some signs of wanting to follow suit and set up their own parallel institutions. This applies in particular to the so-called Albanian University in Mala Re-

cica, a district of the west Macedonian city of Tetovo. Following initial tensions the university is now being pointedly ignored by the Macedonian authorities and by politicians in Albania.

5. In the event that the conflict should spread, Macedonia would still have to fear being the first to be affected. For the moment, however, it has actually profited from the situation in four different ways: first, it has been demonstrated to the world that the living conditions of the Albanians in Macedonia are incomparably better than those elsewhere. Second, relations with the Republic of Albania, which have been conflict-free and co-operative for many years, have undergone a lasting improvement. Third, transparent Greek attempts to use the current tensions to put pressure on Macedonia have backfired. Fourth, Macedonia has been repeatedly assured that the international defence force UNPREDEP will be renewing its mandate when it runs out in August 1998.
6. The Kosovo Albanians want to secede from Serbia, but for weeks now all more or less influential parties have been telling them that they should abandon this idea as quickly as possible. The Serbian regime is trying to nip secessionist activities by the Kosovo Albanians in the bud and is coming under harsh international criticism for the way it is doing it. The international community is demanding "autonomy" and/or "a special status in Serbia" (or rather Yugoslavia), without so far having specified what this really means in concrete terms. Since mid-March 1998 offers of talks and dialogue have been going back and forth between Belgrade and Prishtina. But these are then boycotted, usually by the Albanian side, once the Serbs have sat down at the negotiating table.
7. The prevailing mood in Kosovo is one of fear among the population. This simply serves to widen the gap between the two sides and has produced an aggressively charged atmosphere. Through their long-term adherence to radical, mutually exclusive positions the two sides have thrown away any chance of finding areas of negotiation. Both sides have nominally agreed to the international demand for *free dialogue without preconditions*, but the logical consequences of their respective positions mean that they can't actually engage in dialogue, and in practice they have so far been obstructing dialogue by "going over the top" (K. Kinkel) in their demands.
8. Both these tendencies and recent events on both sides – the Kosovo Albanian "elections" and the Kosovo Serbian resistance to the reopening of schools for Albanians – only serve to confirm the verdict of the internationally known Albanian writer Izmail Kadare – namely, that the Balkans have always been incapable of solving their own problems and therefore always need external intermediaries. The international community is now also insisting that the conflict be mediated and that a solution be sought along the lines of *No to Secession – Yes to Autonomy*. The question at issue is what kind of autonomy and how much? So far eleven different models have been discussed, all of which have been deployed successfully elsewhere in the world, from Quebec to South Tyrol and from Cyprus to Tatarstan.
9. In Kosovo, meanwhile, the realisation at least seems to be dawning that previous positions can no longer be maintained, that radical demands must be abandoned and that solu-

tions must be sought that are in keeping with international experience and principles. Although no solution is in the offing at present there is much to indicate that it will eventually lie in a reform of the Yugoslav Federation (Serbia + Montenegro + Kosovo). Both Serbs and Albanians still find such a prospect difficult to swallow, but in the opinion of Z. Dindic, the leader of the Serbian democrats, their unwillingness is simply a product of both sides' fundamental lack of democracy: if Serbia were a country with a legitimate government, independent judges and human rights guarantees and if the Kosovo Albanians were to concentrate more on the idea of a democratic reorganisation of their region than on breaking away from Serbia, then any kind of autonomy solution would be a far smaller problem, for it would simply be an expression of democracy in practice.